

Preis: 25,- Schilling / 4,- DM  
Sozialpreis: 20,- Schilling

# DIE EINHEIT

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus **SOV**

Gewerkschaftszeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

Herbst 98 / Nr. 8

## Arbeitsplätze schaffen- Arbeitszeit verkürzen!



*Im Juni '98 waren 202.153 Jobsuchende beim Arbeitsmarktservice gemeldet, das sind um 8.357 mehr als im Vorjahr. Die Antworten der Unternehmer sind: Lohnkosten runter - in der neudeutschen Managersprache heißt das "Entlastung des Faktors Arbeit", Verschlechterungen beim Arbeits- und Sozialrecht, "neue Beschäftigungsformen" und Flexibilisierung. Gerade letzteres greift nicht im geringsten und wird in vielen Fällen rückwirkend sogar als "Jobkiller" verwendet. Am deutlichsten zeigt sich das in den ehemals verstaatlichten Betrieben.*

von Michael Gehmacher  
SOV-OG Wien West

So wurde bei Semperit Traiskirchen 1996 ein Teil der Produktion in das tschechische Reifenwerk Barum ausgelagert. Der Fall wurde damals in den Medien groß und breit abgehandelt und trotzdem sind seither bei Semperit ungefähr 900 Arbeitsplätze vernichtet worden. Viele Menschen haben am Schicksal der Beschäftigten Anteil genommen, hingegen wissen nur wenige, daß sich mittlerweile die Auftragslage wieder verbessert hat. Trotzdem sind aber kaum neue bzw. "alte" Beschäftigte aufgenommen worden.

Der Grund dafür war, daß ein flexibles Arbeitszeitmodell eingeführt wurde, das eine bessere Auslastung der Maschinen bringt und dem Unternehmen keine Überstundenzuschläge kostet. So kann bei

Bedarf wesentlich mehr produziert werden, ohne daß neue Menschen eingestellt werden müssen. Ähnliche Beispiele finden sich auch in der VA-Stahl Linz und vielen anderen Betrieben.

**Wirtschaftsaufschwung  
soll Arbeitsplätze schaffen?!**

Wenn hingegen die Wirkungslosigkeit dieser Konzepte kritisiert wird, verweisen Politiker und Unternehmer gerne auf den kommenden "Wirtschaftsaufschwung", der Arbeitsplätze schaffen soll. So geistert die Hoffnung auf den arbeitsplatzschaffenden Wirtschaftsaufschwung quer durch ganz Europa und ist Bestandteil der Medien- und Politikerausagen. In Deutschland will Helmut Kohl noch einmal eine Wahl mit ihm gewinnen und auch in Österreich ist er zentraler Bestandteil des Regierungsprogrammes

zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit mittels des "Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung" (kurz NAP). So ist das Hauptziel des NAP, bis ins Jahr 2002 100.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei stützt sich diese Zahl einzig und allein auf die Prognose eines Wirtschaftswachstums in der Höhe von 2,5%.

**100.000 neue Jobs bis ins Jahr 2002?**

Dem gegenüber steht eine Studie des Wirtschaftsförderungsinstitutes-WIFO wonach in den nächsten Jahren in der Textil- und Bekleidungsbranche ca.

### **AUS DEM INHALT:**

- Mein-REWE Deal
- Interview mit Erich Reichelt
- Globalisierung und Gewerkschaften
- Landlosenbewegung in Brasilien
- Die Ära Kohl neigt sich dem Ende
- Indonesiens Gewerkschaften
- Lenzing: Lyocell-Heiligenkreuz
- Die Zukunft der Arbeit
- Kohl und die dt. Gewerkschaften
- SozialistInnen und das Volksbegehren "Recht auf Arbeit"

Info Line: ☎ 01/524 63 10 ★ Fax 524 63 11



# Editorial:

"Endlich haben wir es wieder geschafft und rechtzeitig zum Ende des Sommers die neue Einheit fertiggestellt." Mit diesen Worten haben wir das Editorial der letzten Ausgabe der Einheit, die genau vor einem Jahr erschienen ist, eingeleitet und sie treffen auch jetzt wieder zu.

Eigentlich hatten wir uns vorgenommen, ab dem Volksstimmefest 97 vierteljährlich zu erscheinen. Daraus ist leider nichts geworden und mit fast einer 3/4-jährigen Verspätung liegt nun die erst nächste Ausgabe vor. Einer der Hauptgründe dafür ist, daß uns leider ein Genosse verlassen hat und wir deshalb unseren "Gewerkschaftsbereich" um- und neustrukturieren mußten.

Auch einige der bereits vor einem Jahr angekündigten Rubriken, wie die "Ab-lage Rundordner", in der wir in diversen Mistkübeln "herumstierln" wollten, werden erst ab der nächsten Einheit, die noch dieses Jahr erscheinen soll, enthalten sein.

So nun aber noch kurz zu dieser Ausgabe: Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen auf der Situation im Handel - mit einem Interview mit Erich Reichelt und einer Analyse des Meinl-Rewe Deals, der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit dem Titelseitenartikel und der Vorstellung der neuen SOV-Broschüre, und schließlich in einem umfangreichem und vielfältigen internationalem Bereich. Darin findet sich ein exklusiv Bericht über die Situation der Gewerkschaften in Indonesien, ein Beitrag unserer deutschen Genossen, der die Ära Kohl aus dem Blickwinkel der Gewerkschaften durchleuchtet und ein Artikel über die brasilianische Landlosenbewegung. Dazu gibt es noch wie gewohnt, kürzere Artikel zu aktuellen Themen.

Neben der Danksagung an alle, die Artikel beigesteuert oder uns sonst in irgendeiner Art geholfen haben, bleibt uns nur noch Euch/Ihnen viel Kurzweile beim Lesen zu wünschen.

**Eure Einheit-Redaktion**

23.000, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 5.000, in der Grundstoffproduktion 15.000 und im Baugewerbe nochmals 15.000 Jobs verloren gehen sollen. Macht summa summarum 58.000 Arbeitsplätze und wieweit diese bereits von den 100.000 neuen Jobs schon abgezogen sind, läßt der NAP offen und zu bezweifeln. Ein wenig konkreter wird das Gan-



ze dann bei der Frage, wo denn die neuen Arbeitsplätze geschaffen werden sollen: 28.000 im Gesundheits- und Sozialbereich und der Rest durch "arbeitsmarktpolitische Maßnahmen" und im viel gepriesenen Dienstleistungsbereich. Woher das Geld für die einzelnen Bereiche und die AMS-Projekte kommen soll, bleibt verborgen.

Der Wegfall sicherer Vollzeit Arbeitsplätze geht aber auf jeden Fall auch trotz NAP weiter. So will die Schiffabrik Atomic die Belegschaft um ein Drittel reduzieren, die Atomicochter Koflach hat bereits 100 von 150 Mitarbeiter gekündigt oder auf Kündigungslisten gesetzt. Der Verbund bleibt bei seiner Ankündigung, 1.000 Beschäftigte abzubauen und auch das Lyocell-Werk im Südburgenland denkt laut über Stellenabbau nach. Den betroffenen BetriebsrätInnen bleibt dabei meist nichts anderes über, als einen mehr oder weniger guten Sozialplan auszuhandeln. Neben der Konzeptlosigkeit der ÖGB-Führung schwächt die Arbeitslosigkeit die Kampfkraft der Belegschaften und der gesamten ArbeiterInnenbewegung.

## Radikale Arbeitszeitverkürzung steht auf der Tagesordnung!

Während die Sozialdemokratie und weite Teile des ÖGB gemeinsam mit den Unternehmern auf den Wirtschaftsaufschwung warten, treten wir für eine radikale Arbeitszeitverkürzung (AZV) bei vollem Lohn ein, um die Arbeitslosigkeit effizient zu bekämpfen. Die Umsetzung

der Arbeitszeitverkürzung war und ist eine Frage des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Und das hat sich in den letzten Jahren sehr zu Ungunsten der unselbstständig Erwerbstätigen verschoben. Bereits am 10. Bundeskongreß des ÖGB 1983 konnte ein überfraktionelles gewerkschaftliches Personenkomitee 100.000 Unterschriften für die Einführung der 35-Stundenwoche vorlegen.

Es kam zum Beschluß, für eine moderate Form der AZV einzutreten. Etwa einhalb Jahre später legte der damalige ÖVP-Sozialsprecher und Funktionär der Industriellenvereinigung, Günter Stummvoll, ein Gegenkonzept zur Arbeitszeitverkürzung vor. Darin war von Bandbreitenmodellen zwischen 35 und 45 Stunden und von einer täglichen Normalarbeitszeit von 9, in manchen Fällen sogar 10 Stunden die Rede. Verglichen mit der heutigen Situation haben sich die Unternehmer mit der Arbeitszeitflexibilisierung durchgesetzt. Die am 12. ÖGB-Bundeskongreß beschlossene 35-Stundenwoche ist dagegen in weite Ferne gerückt. Arbeitszeitverkürzung ist eben ein Thema, das die generelle Frage von Verteilung zwischen Arbeit und Kapital aufwirft. Bei der Debatte um die Arbeitszeitverkürzung Anfang der 80er Jahre meinte der Gewerkschafter Alfred Dallinger, damals auch Sozialminister, er sei davon überzeugt, daß die 35-Stundenwoche Ende der 80er eine Realität sein werde.

## Druck in den Gewerkschaften machen!

Die heutige Sozialministerin Hostasch, unter Dallinger schon GPA - Funktionärin, "bekennt" sich in einer Pressestunde 1998 dazu, daß eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich kein The-

### Impersum:

Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes: Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien, Kaiserstrasse 14/1

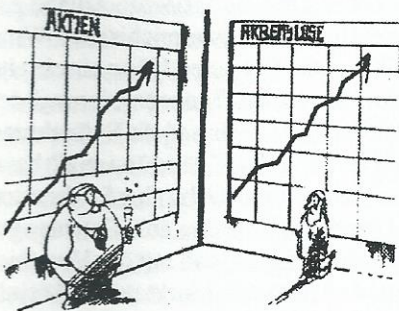
Die SOV ist eine politische Partei, deren Vertretung nach außen durch den Bundessprecher John Evers erfolgt, der ebenfalls die Redaktion der Zeitung Vorwärts inne hat. Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SOV. Auflage: entsprechend den Themen unterschiedlich.

Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11  
Weiters befindet sich im 100% Besitz der SOV die sozialistische Zeitung Vorwärts. Druck: Eigendruck. Redaktion dieser Ausgabe: Ali Kropf



ma mehr für sie sei. Auch daran erkennt man/frau die Verschiebung des Kräfteverhältnisses, vor allem auch in den Köpfen der FunktionärInnen. Bezeichnend dafür ist auch die momentane Situation in der GPA. Ein Jahr lang wurde über die "Zukunft der Arbeit" philosophiert, sogar die "Basis" durfte übers Internet oder auf großen Tagungen mitreden. In diesem Zusammenhang wurde oftmals das stärkere Eintreten für Arbeitszeitverkürzung verlangt, was sich sogar in der "Kompetenz" und im Buch des GPA-Vorsitzenden Hans Sallmutter, über die Zukunft des Sozialstaats, widerspiegelte. So trat Sallmutter in einer Presseaussendung einmal sogar für die 30-Stundenwoche ein. Am Gewerkschaftstag der GPA-Wien gab es fünf Anträge in diese Richtung.

Doch die Konferenz endete typisch, am Vormittag hielt Hans Sallmutter ein sehr allgemeines Referat, in dem von der 30-Stundenwoche keine Rede mehr war und als wir danach fragten, ging Sallmutter in seinem Schlußwort wieder auf Distanz zur 30-Stundenwoche. Am Nachmittag wurden dann die Anträge zur Arbeitszeitverkürzung erwartungsgemäß mit dem Argument: "Die werden in den Leit Antrag zur Zukunft der Arbeit für den Gewerkschaftstag im November eingearbeitet" verwiesen. Nur, im jetzt veröffentlichten Leit Antrag, ist davon aber kaum mehr etwas zu lesen. Darum ist es umso wichtiger, daß sich alle fortschrittlichen GewerkschafterInnen rund um die AZV



vernetzen und gemeinsam in ihrem Umfeld und den Gewerkschaftsgremien versuchen, Druck auf die ÖGB-Führung auszuüben.

### Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen!

Will man/frau Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen, muß man/frau die herrschende Logik des Profits in Frage und ihr die

Logik der Solidarität entgegenstellen. Utopisch klingt dabei für viele die Forderung nach vollem Lohnausgleich. Das Argument der Unternehmer, daß dies generell unfinanzierbar sei und sich außerdem negativ auf die Investitionen auswirkt, ist durch einen Blick auf die Investitionen der letzten Jahre leicht zu entkräften. Denn obwohl auch ohne Arbeitszeitverkürzung in den letzten Jahren die Reallohne gesunken sind und der Lohnanteil an den Produktionskosten ständig sinkt, steigen die Investitionen nicht. Der ein-



zige Bereich, in den massiv Geld gesteckt wird, ist der Finanzsektor. Auch ein Blick auf die Gewinnentwicklung der letzten Jahre straft jede Behauptung der Unfinanzierbarkeit Lügen: Semperit, OMV, VA-Stahl und Tech, Verbund, überall satte Gewinne und trotzdem Personalabbau.

### Kampf für die 30-Stundenwoche!

Die wirtschaftliche Krise ist aber soweit fortgeschritten, daß man/frau mit der Forderung nach AZV, wie der 30-Stundenwoche, schnell an die Grenzen des kapitalistischen Systems stößt. Wir wollen in einer Zeit, in der die Rahmenbedingungen ständig zu Gunsten des Kapitals verändert werden, die realen Probleme der Zeit aufgreifen, sie mit einem Programm verbinden, das die Rahmenbedingungen wesentlich zu Gunsten der arbeitenden Menschen verändert. Oft hören wir bei unseren Aktionen, daß unsere Forderungen unrealistisch sind. Wir ziehen aus diesem Argument die notwendige Schlußfolgerung: Wenn die Verteidigung des Rechts auf Arbeit, das Erkämpfen und die Erhaltung sozialer Standards im Rahmen dieses Systems unrealistisch ist, dann müssen wir dieses System überwinden. Für uns bedeutet das, daß der Kampf um unsere Rechte, mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft - die nicht nur Arbeit für alle anbietet, sondern auch den Arbeitsbegriff völlig neu definieren wird - mehr denn je verknüpft ist. ■



### Der Betriebsratskaiser

Diesmal setzen wir die "Betriebsratskaiser"-Krone einem "Kollegen" des ÖGB-Oberösterreich auf und öffnen somit diese Rubrik auch für FunktionärInnen der Gewerkschaft und Arbeiterkammer.

Regelmäßig finden sich am Linzer Froschberg zum "Forum Jägermayerhof" GewerkschafterInnen ein, um aktuelle und theoretische Themen zu diskutieren. Die letzte "Tagung" stand unter dem Motto zur Zukunft der Gewerkschaftsbewegung mit internationalen ReferentInnen.

Als Gewerkschaftsmitglieder und teilweise ehrenamtliche FunktionärInnen dachten wir uns nichts dabei und meldeten uns per Telefon und Fax mittels dem dem Prospekt beiliegenden Anmeldungen an. Vorerst schien es dabei auch kein Problem zu geben. Doch aus heiterem Himmel wurde uns mitgeteilt, daß wir wieder "ausgeladen" sind.

Natürlich wurde uns die Botschaft nicht vom betreffenden Funktionär direkt mitgeteilt, sondern der überließ diese doch unangenehme Angelegenheit seiner Sekretärin, der das ganze sichtlich peinlich war. Als Begründung nannte man/frau uns, daß das Symposium nur GewerkschaftsfunktionärInnen zugänglich sei. Unter uns war aber neben "einfachen" Gewerkschaftsmitgliedern auch ein stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. Allen Bemühungen des ÖGB/AK-Oberösterreich zum Trotz, konnte ihm aber die Beteiligung nicht verwehrt werden.



# Lebensmittelhandel im Umbruch

## Rewe kauft Meinl!

Daß sich Meinl zumindest von einem Teil seiner Handelskette "trennen" wollte, war nichts neues und trotzdem hat die Nachricht vom Verkauf des Wiener "Traditionsbetriebes" die Gemüter erhitzt. Schließlich bildete sich eine Art "Nationale Allianz zur Verteidigung der österreichischen Wirtschaft", die mittels Kartellbehörde den Verkauf für unwirksam erklären möchte. An der Spitze der Allianz steht Wirtschaftsminister J. Farnleitner und führt das Fußvolk, die Gewerkschaft, mit Pappschwertern ausgerüstet in den Kampf für "mehr Wettbewerb" und den Erhalt der "österreichischen Tradition".

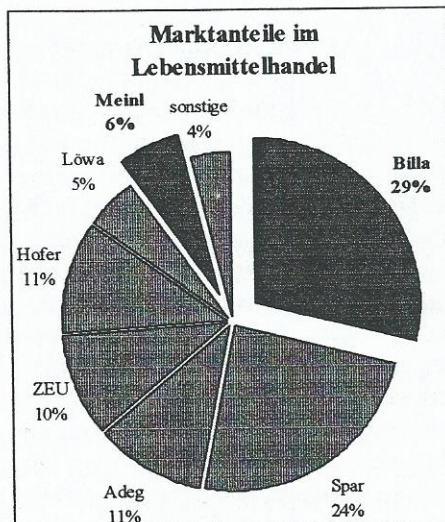
von Ali Kropf  
SOV-OG Wien Süd  
ex-Konsum/Billa Beschäftigter

Anlaß für die Aufregung ist der geplante Verkauf des österreichischen Teils der Julius Meinl Lebensmittelhandelskette. Dabei sind die Verkaufsabsichten gar nichts neues. Bereits vor Monaten war an die Öffentlichkeit gekommen, daß Meinl daran denke, die Großmarktkette PamPam abzustoßen und auch eine weitere "Umstrukturierung" für die Meinl-Supermärkte hin zum Ausbau weiterer "Gourmet-Center" plane. Die Spar Österreich war daraufhin die erste Handelskette, die öffentlich Interesse an PamPam und an Meinl Österreich bekundete. Spar-Vorstandssprecher Philip Markl in einem Presse-Interview dazu: "Unsere Kriegskasse ist prall gefüllt, PamPam nur ein Teil unserer Expansionspläne" und dann noch konkreter: "...grundsätzlich wären wir jedoch auch an mehr interessiert – etwa dem gesamten Meinl-Handelsunternehmen."

### "Kriegserklärung" von Spar an Rewe Österreich!

Seit der mehrheitlichen Konsum-Aufteilung zwischen dem Spar und dem Billa Konzern, gibt es eine "imaginäre" Teilung Österreichs für den Lebensmittelhandel. Den Westen kontrolliert ganz klar Spar, während der Osten Österreichs von Billa, Merkur & Mondo – also Rewe Österreich – dominiert wird. Neben der geographi-

schen Aufteilung gibt es aber auch noch eine prozentuale der Marktanteile. Die in den vergangenen Wochen dabei am häufigsten genannten Zahlen – Billa 32,5% und Spar 27,2% – stammen aus der sogenannten "Nielsen-Erhebung". Nur wird diese Statistik nicht unwesentlich verzerrt, da sich darin der Diskonter Hofer, aufgrund



seiner Weigerung, Daten zum Geschäftsumsatz auszuhändigen, nicht befindet. Rechnet man/frau nun Hofer mit branchenintern geschätzten 14 Milliarden Umsatz hinzu, sieht das Ganze schon anders aus.

Dann hält Billa bei ungefähr 29%, Spar bei 24% und Meinl bei 6% Marktanteile. Mit dem Kauf der gesamten Meinl-Kette hätte Spar also zwei Fliegen auf einen Schlag erwischt. Denn zum einen hätte man/frau prozentmäßig bei den Marktanteilen

zum großen Konkurrenten Rewe aufgeschlossen und ihn sogar überholt und zum anderen wäre Spar, da auch Meinl seine Positionen im Osten Österreichs hat, spürbar in Rewes Kerngebiet eingedrungen. Weiters wäre dann noch für Spar hinzugekommen, daß dieser Kauf auf nicht all zu große kartellrechtliche Schwierigkeiten hätte stoßen können. Dazu nochmals Spar-Vorstandssprecher Philip Markl: "Wir werden aber dahingehend argumentieren, daß wir derzeit in Ostösterreich eine untergeordnete Rolle spielen, andere Ketten weit größer als wir sind und deshalb keinesfalls im Osten ein Spar-Monopol aufgebaut wird". Beim derzeitigen Kampf um Zehntelpunkte der Marktanteile im Lebensmittelhandel kamen die offen dargelegten Absichten Spars einer "Kriegserklärung" an Rewe gleich.

### Der "Kampf" gegen den Rewe Kauf

Sofort nach der Bekanntgabe des Kaufabschlusses trat die nationale Allianz zur Verteidigung der österreichischen Wirtschaft auf die Bühne und löste eine breite Diskussion um die "Monopolisierung" des Lebensmittelhandels und die Befürchtung einer eventuellen "Ausdünnung" bzw. "Auslistung" österreichischer Lieferanten und Produkte bei Rewe aus. Genauer gesagt geht es darum, daß mit der Verschiebung der rund 6% Marktanteile Meinls zu Rewe, dieser nun in eine Monopolstellung gelangt sei.

Abgesehen davon, daß dies in manchen Regionen Wiens, wie dem Fünften und Siebten Gemeindebezirk durchaus der Fall sein wird, liegt das Grundproblem der "Monopolisierung" des österreichischen Lebensmittelhandels aber ganz woanders. Vor knapp drei Jahren wurde der "rote" Lebensmittelriese Konsum mit einem Marktanteil von ungefähr 25%(!) unter



Beifall und Leitung der Handelsketten zerschlagen und aufgeteilt. Damals war freilich nichts von einer "Monopolisierung" des Lebensmittelhandels zu hören, obwohl sich gerade mit der Aufteilung der Konsum-Filialen die Marktführung von Billa und Spar erheblich verstärkt hat. Auch war die teilweise "Auslistung" der konsum-eigenen Lebensmittelprodukte für niemanden ein Problem, obwohl auch hier ein breiter Bereich der österreichischen Lebensmittelindustrie zerschlagen wurde. Im Prinzip läßt sich die Diskussion auf die "Auseinandersetzung" zwischen "gutem, selbstlosen" österreichischen Kapital und "bösen, gewinnsüchtigen" deutschen Kapital zusammenfassen. In diese Richtung ist auch die Aussage des Wirtschaftsministers J. Farnleitner zu sehen, der bezüglich des Meinlverkaufs über die "Fratze des deutschen Kapitals" philosophierte.

### Die Gewerkschaft ANG als Fußvolk Farnleitners!

Auch die Fachgewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuß (ANG) zieht gemeinsam mit Farnleitner ins Feld und analysiert die Motive Rewes in ihrer Presseaussendung vom 30.7.1998 folgendermaßen: "Rewe will offensichtlich mit der Meinl-Übernahme nicht nur sein Handelsimperium ausbauen, sondern seine marktbeherrschende Position dazu nutzen, Erzeugern und Konsumenten Preise und Produkte aufzuzwingen, wo es nur mehr für eine Seite Vorteile bzw. Gewinne geben kann – für Rewe selbst." Diese "Analyse" überrascht nun doch ein wenig in ihrer Einfachheit und Banalität. Glaubt die Gewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuß (ANG) wirklich noch an das Märchen vom selbstlosen Unternehmer, der nur aus reiner Nächstenliebe ein Unternehmen führt und seinen Angestellten möglichst wenig bezahlt, um von der ANG hochgelobten Konsumenten möglichst billige Produkte anbieten zu können? Man/frau muß das aber fast als gegeben annehmen, denn auch auf die Androhung Meinls, daß im Falle einer

*Philip Markl,  
Spar-Vorstandssprecher:*

*"Unsere Kriegskassa ist prall gefüllt, PamPam nur ein Teil unserer Expansionspläne....grundsätzlich wären wir jedoch auch an mehr interessiert - etwa dem gesamten Meinl-Handelsunternehmen"*

*(Presse, 24. Juni 1998)*

Untersagen des Verkaufs, rund 2.000 Beschäftigte gekündigt werden müßten reagiert die ANG folgend: "Auch die Reaktion der Familie Meinl ist alles andere als die eines ordentlichen Kaufmanns und entbehrt jeder Kreativität."

Stellt sich nochmals die Frage, was denn nun einen "ordentlichen Kaufmann" auszeichnet, wenn nicht ein volles Bankkonto? Und was meint die ANG mit Kreativität? Wahrscheinlich liegt das Problem darin, daß Meinl einfach ausgesprochen hat,

was Sache ist und nicht mittels verschleiernden Worthülsen und Tricks, wie Stiftungen, Umschulungsmaßnahmen etc., 2.000 Beschäftigte über die Hintertür loszuwerden.

### Meinl wird zu Billa, Merkur und Mondo

Werfen wir nun einen Blick auf die genauen Verkaufsmodalitäten, soweit sie bekannt sind: Rewe übernimmt 288 Meinl Supermärkte, 41 PamPam Großmärkte und 14 Jééé Diskontmärkte. Das bedeutet eine komplette Übernahme des gesamten österreichischen Meinl-Lebensmittelhandels bis auf die Gourmet-Filiale am Graben, die weiter im Besitz Meinls bleibt. Weiters bleiben im Meinl-Besitz die Eigenmarkenproduktion, der Name (!) und die zunehmenden außer-österreichischen Aktivitäten.

*Presseaussendung des ÖGB  
(Quelle: Internett ÖGB-Presse-dienst)*

*Gewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuß: Will REWE den totalen Handelskrieg? (30. Juli 1998)*

*"Auch die Reaktion der Familie Meinl ist alles andere als die eines ordentlichen Kaufmanns und entbehrt jeder Kreativität. Der angeordnete Abbau von 2.000 Arbeitsplätzen bei Verhinderung des Rewe-Deals kann nicht als ernsthafter Beitrag von seriösen Geschäftsleuten angesehen werden..."*

Wahrscheinlich liegt das Problem darin, daß Meinl einfach ausgesprochen hat, was Sache ist und nicht mittels verschleiernden Worthülsen und Tricks, wie Stiftungen, Umschulungsmaßnahmen etc., 2.000 Beschäftigte über die Hintertür loszuwerden.

Über den Kaufpreis wurde zwar wie immer Stillschweigen vereinbart, jedoch gibt es bereits konkrete Hinweise, daß sich dieser in der Höhe von ungefähr 3,25 Milliarden Schilling bewegen dürfte. Auf den Punkt gebracht heißt das folgendes: Rewe



## Mitglied werden bei der SOV!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts ist eine revolutionäre und sozialistische Organisation. Wir kämpfen für die Abschaffung des kapitalistischen Systems und für Sozialismus - also echte Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Sozialistische Offensive Vorwärts wurde 1996 gegründet - sie ist demnach eine noch junge Organisation. Trotzdem sind wir stolz auf unsere "alten" Wurzeln in der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung. Fast jedes wichtige soziale und demokratische Recht mußte mühsam "von unten" erkämpft werden. Tausende haben diesem Kampf - zum Beispiel im antifaschistischen Widerstand - ihr Leben gewidmet. Diese Traditionen wollen wir aufgreifen und weiterführen.

Die SOV ist eine Organisation von Menschen, die aktiv Widerstand gegen Sozialabbau und Rechtsruck zu organisieren: Als BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen, als Schul oder Klassen-SprecherInnen, als Kollegin oder Kollege, welche/r konsequent für die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Frauen und PensionistInnen eintritt. Wir wehren uns gegen das Gegeneinanderauspielen von Belegschaften, von jenen, die Arbeit haben und denen die keine haben, von In und AusländerInnen. Wir kämpfen international gegen die Auswirkungen der sogenannten Globalisierung und gegen das EU-Europa der Konzerne.



übernimmt die 343 Filialen des Meinel-Lebensmittelhandels, muß sie zu eigenen umbauen, listet verstärkt Meinel-Produkte sowohl in Österreich wie auch Deutschland, stellt der Meinel-Bank seine Filialen für Spar- und Vermögensberatung zur Verfügung und das alles zum stolzen Kaufpreis von 3,25 Milliarden. Noch dazu ist der Meinel-Lebensmittelhandel defizitär und machte im Vorjahr einen Verlust von 89 Millionen Schilling.

Rechnet man/frau den Meinel-Deal mit dem ersten Rewe Kauf, dem Billa-Konzern, hoch, kommt man/frau zu einem bemerkenswerten Ergebnis. Dazu braucht man/frau nur den Preis pro Prozentpunkt Marktanteil berechnen. Im Falle Meinels bedeutet das einen Kaufpreis von 0,471 Milliarden Schilling pro 1% Marktanteil. Die gleiche Rechnung, für den vor zwei Jahren um 15 Milliarden erfolgten Kauf des Billa-Konzerns, ergibt einen Kaufpreis pro 1% Marktanteil von 0,461 Mil-

liarden. Nun ist der zahlenmäßige Unterschied nicht allzu groß und wenn wir jetzt nochmals alle Klauseln des Verkaufs bedenken - alle Filialen müssen umgewandelt werden, kein Verkauf des Na-

mens, Meinel ist defizitär, verstärkte Listung von Meinelprodukten im gesamten Rewe Sortiment etc. - scheint der Kaufpreis sehr hoch zu sein. Noch in Anbetracht dessen, daß auch der ehemalige Billa-Eigentümer Karl Wlaschek sicherlich kein "leichter" Verhandlungspartner war, dürfte Rewe bei den Verhandlungen ziemlich unter Druck gestanden sein. Über die Gründe kann nur spekuliert werden, jedoch scheint das "Damoklesschwert" einer Übernahme Meinels durch Spar als durchaus plausibles Argument.

### Die "Meinel-Bank"

trennt sich von Meinel-Supermarkt

Der Name Meinel wird im Großen und Ganzen mit der gleichnamigen Lebensmittelkette identifiziert. Kaum jemand denkt bei Meinel an eine Bank, eine Art "Investmentgruppe", eine Immobilienfirma oder eine große Handelskette in Un-

garn, Tschechien und mittlerweile auch Polen. Aber genau das ist die Realität. Die österreichische Meinel-Lebensmittelkette war bereits seit Jahren in den "roten Zahlen", während hingegen die Einnahmen aus den Ost- und Bankgeschäften immer stärker zunahm. So beschäftigt Meinel in Tschechien bereits 3.500 Menschen in 95 Filialen, in Ungarn 5.300 MitarbeiterInnen in 200 Filialen und neuerdings werden auch in Polen sieben Supermärkte, wobei bis Jahresende '98 insgesamt 15 Filialen vorgesehen sind, mit einem Gesamtumsatz von umgerechnet rund 6,8 Milliarden Schilling betrieben.

Neben dem Lebensmittelhandel investierte Meinel aber auch in Produktionsbetriebe und hält Kaffeeröstereien in der Slowakei, Slowenien und Italien. Dazu kommen dann noch satte Gewinne in der Höhe von 176 Millionen Schilling alleine 1997 aus der Meinel-Bank AG. Das neueste Betätigungsfeld für Meinel ist eine

"Investitionsgemeinschaft" mit anderen europäischen Industriellenclans und Magnaten, wie der Familien Agnelli (Fiat), Wallenberg (ABB, Volvo) unter der Holding mit den Namen "Fulcrum I Equity". Über diese Holding, die wie, könnte es auch anders sein, aus "steuertechnischen" Gründen ihren Sitz auf den niederländischen Antillen

in der Karibik hat, ist Meinel an der größten rumänischen Schokoladefabrik, zwei Großbrauereien in der Ukraine und einem Verpackungswerk bei Moskau beteiligt. Aus der ehemaligen Lebensmittelhandelskette wurde eine Bank- und Investmentfirma mit einer angehängten, noch dazu defizitären Supermarktkette. Meinel macht mit seinen Osteuropa-Beteiligungen nichts anderes als Rewe in Österreich macht - Geld dort zu investieren, wo es je nach Unternehmen die höchsten Profite verspricht. Und das ist genau das, was ein "ordentlicher Kaufmann" tut, auch wenn die ANG das nicht glauben kann oder will!

### Die Auswirkungen auf die Beschäftigten

Insgesamt bedeutet der Meinel-Verkauf natürlich eine weitere Schwächung der Position der Beschäftigten im Lebensmit-

telhandel. Denn nach der Zerschlagung des gewerkschaftlichen Flaggschiffes im Handel, dem Konsum, war Meinel einer der am besten gewerkschaftlich organisierten Bereiche im Handel. Wenn es der Gewerkschaft nun nicht gelingt, die Handelsangestellten durch ihre Politik von der Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisierung zu überzeugen, wird das zu einer weiteren Schwächung der Gewerkschaften führen, was wiederum natürlich auch eine Schwächung für die Handelsangestellten bedeutet. Allein ein Rückblick auf die letzten Jahre und die Veränderungen im Handel mit all seinen Verschlechterungen für die Beschäftigten, wie der de facto-Fall des ehemaligen arbeitsfreien 8. Dezembers, die neue Regelung der Ladenöffnungszeiten, der drohende Einzug der Sonntagsarbeit und schließlich auch die niedrigen Kollektivvertragsabschlüsse, lassen nichts Gutes ahnen.

### Gewerkschaft: Kampf gegen Windmühlen!

Die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), der weite Teile der im Handel Beschäftigten angehören, versteckt sich wieder, wie beim damaligen Verkauf des Billa-Konzerns an Rewe, hinter Paragraphen. Sie bekrittelt, daß entgegen den Bestimmungen im §109 des Arbeitsverfassungsgesetzes der Betriebsrat nicht vom geplanten Verkauf informiert wurde. Genauso wie 1996 wird geklagt und es wird genauso, wie für die damaligen Billa, Merkur, Emma, Mondo & Bipa und eben heute für die Meinel Beschäftigten kaum bzw. keine Auswirkungen haben. In ihrer Presseaussendung vom 29. Juli 1998 fordert die GPA "Im Interesse aller Betroffenen verlangt die GPA daher, daß das Kartellverfahren nach Österreich verlagert und eine Übernahme von Meinel durch Billa verhindert wird" und reiht sich damit nahtlos in die nationale Allianz zur Verteidigung der österreichischen Wirtschaft ein.

Anstatt die Betroffenen und Beschäftigten zu mobilisieren, wie es ansatzweise vergangen Herbst bei der Demonstration in St. Pölten gegen die "Freigabe" der Sonntagsöffnung im Multiplex der Fall war, beschränkt man/frau sich wieder auf Verhandlungen und Kompromisse und kämpft so mit Pappschwertern gegen Windmühlen. ■

Presseaussendung des ÖGB  
(Quelle: Internett ÖGB-Pressedienst)

GPA: Meinel-Übernahme durch REWE gefährdet Arbeitsplätze (29. Juli 1998)

"....Im Interesse der Betroffenen verlangt die GPA daher, daß das Kartellverfahren nach Österreich verlagert und eine Übernahme von Meinel und Billa verhindert wird. Neben strengen kartellrechtlichen Auflagen fordert die GPA vor allem den Erhalt der Arbeitsplätze."



# Das Interview zum Thema:

**Michael Gehmacher und Ali Kropf** führten letzten Dezember für die **Einheit** ein Interview mit **Erich Reichelt**, Lt. Sekretär der **GPA**, über die **Situation im Handel**. Folgend ein Auszug aus diesem Gespräch:

**DIE EINHEIT (E):** Die Situation im Handel war schon vor der Diskussion um die Sonntagsarbeit im Multiplex nicht die beste. Der Handel ist eine Niedriglohnbranche.

**Erich Reichelt (R):** Eine Niedriglohnbranche, völlig richtig. Und daß sich die Dinge nicht verbessert haben mit Geringfügigkeit und Druck auf Teilzeit, das ist überhaupt keine Frage. Es ist eine Frauenbranche noch dazu, also zwei Drittel von dieser Verelendungsstrategie, die da betrieben wird, betrifft Frauen. Stell dir die Frage, was dem Herrn Hartlauer passiert ist, der hat 1995 das Recht gebrochen und der gute ORF hat ihm Sendezeit gratis geliefert um 11 oder 12 Millionen Schilling in der ZIB 1. Also wenn das heute ein Unternehmer strategisch plant, Marketing, Werbung, ich bin in Zeit im Bild mit einem Rechtsbruch, na dann mach ich das.

**E:** Das sieht man/frau jetzt beim Multiplex, da ist es ähnlich gelaufen: ein bewußter Rechtsbruch am 20. April 1997, massive Medienöffentlichkeit - jeder kennt jetzt das Multiplex. Wir haben Angst, daß die Zukunft der Sonntagsarbeit ähnlich laufen wird, und daß man/frau sich darauf zurückziehen wird, für den Sonntag nur mehr einen besseren Kollektivvertrag, so wie jetzt beim 8. Dezember, herauszuschinden. Damit fällt aber eigentlich der Sonntag für weite Teile des Handels.

**R:** Was der Kollektivvertrag dem Handel bringt, ist ein Verfahren, daß der Arbeitgeber vier Wochen vorher fragen muß, und daß jeder, der über vier Stunden beschäftigt ist, einen ganzen bezahlten Tag als Ausgleich kriegen muß. Soweit er ihn bekommt, nebenbei bemerkt, zusätzlich bringt er aber null.

**E:** Eben, aber das Problem liegt ja darin, daß es jetzt seit Jahren, und das zeichnet sich im Handel ja ganz deutlich ab, immer die Strategie war, daß der Unternehmer einen Vorstoß macht, teilweise auch mit Gesetzesbruch. Und die Gewerkschaft kriegt die Möglichkeit, irgendwie eine günstigere soziale Regelung zu bekommen; entweder übers Gesetz oder über einen Kollektivvertrag. Und der nächste Schritt der Unternehmer ist dann der, daß man/frau das dann halt schrittweise wieder wegverhandelt. Und die Profite werden immer mehr, die Leute verdienen immer weniger und müssen mehr Überstunden machen. Warum ist es der GPA nicht gelungen, diese Entwicklung so wie sie jetzt ist, zu verhindern?

**R:** Die politischen Verhältnisse und Rahmenbedingungen - an dem Beispiel zeigt es sich sehr deutlich - sind nach wie vor das Entscheidende. Wir haben in Wien bis zum heutigen Tag solche Auswüchse nicht. Es ist zum Beispiel für Wien unvorstellbar, daß man/frau dem nicht Rechnung trägt, wie es eigentlich im Sonn- und Feiertagsbetriebszeitengesetz steht, daß der Landeshauptmann sich die verschiedenen Interessensbereiche nicht anhört, bevor er eine Entscheidung trifft. Das hat Pröll nicht gemacht. Jetzt drängt sich natürlich die Frage auf, was tut man/frau dagegen, wenn ein Landespolitiker alleine mit seinem Wirtschaftslandesrat diese Entscheidungen trifft. Man/frau muß sich ja die politische Situation vor Augen führen. Ein Landeshauptmann verordnet 1994 für das gesamte Gemeindegebiet von Vösendorf ein Tou-rismusegebiet höchster Kategorie. Ein paar Meter weiter, es dürfte nur ein Irrtum gewesen sein, ist die Gemeinde Wr. Neudorf und auf dem Gelände, wo das Multiplex steht, gibt es diese fragwürdige Ermächtigung des Landeshauptmannes nicht. Der Händler glaubt, er verliert dort eine "goldene Hose". Ich meine, wenn ich sage, das ist ein Einkaufszentrum, nun gut. Aber ich halte das für eine Einrichtung, über die man/frau grundsätzlich nachdenken sollte. Die Gastronomie ist dort bummvoll jeden Sonntag. Ich hab mir das am Sonntag auch

angeschaut, die Kinos 8.000 Plätze. In Wahrheit ist das Thema Multiplex ein Werbegag der dortigen Unternehmer, der von den Medien gratis getragen wird, weil die erste Einschaltung in der Kronenzeitung war ein Millionending. Und das schlimme ist die Folgewirkung dieses Werbegags, weil das jetzt stellvertretend hergenommen wird, um eine Grundsatzdiskussion zu führen über die Frage Sonn- und Feiertagsarbeit und daneben steht gleich die Einführung der Nacharbeit. Alles wird jetzt aus dieser Richtung thematisiert und darüber steht Flexibilität, dieses Zauberwort.

**E:** Das nächste wird sein, daß die Wiener sagen, wir haben einen Kaufkraftabfluß in die Shopping-Centers, daher einen Standortnachteil für Wiener Geschäfte. Wenn man/frau sich auf diese Argumentation einläßt, dann macht man/frau doch wieder eine Hintertür auf, wo die Industriellenvereinigung und die Wirtschaftskammer mit ihrer Argumentation sehr gut rein spalten können.

**R:** Es ist sofort der Kärntner, der Vorarlberger, der Tiroler munter geworden und alle waren am Aufsperrn interessiert. Und der Niederösterreicher hat gar nicht viel geredet, der hat einfach verordnet. Heute reden Bischöfe und alles mögliche, aber wo waren die? Aber so ist es und heute wird eine Moral verkündigt und gefragt, wo war die GPA? Das ist das Problem. Wir haben einen Kollektivvertrag durchgesetzt und ich hab euch das schon einmal gesagt, das ist Schadensbegrenzung.

**E:** Es kann doch auf Dauer nicht funktionieren, gesamtgesellschaftlich und auch gewerkschaftlich gesehen, nur Schadensbegrenzung zu betreiben.. Es muß irgendwann der Punkt kommen, wo man/frau sagt: Jetzt oder nie. Jetzt muß es größeren Widerstand geben als nur das Verhandeln.

**R:** Die Devise heißt: Arbeit vernichten heißt Gewinn steigern. Wie lang das geht, zerbricht sich niemand den Kopf, so spielt



sich das in Wirklichkeit ab, diese "soziale Verantwortung". Nur, meine Frage ist, wann hat es das je gegeben. Das ist die Sehnsucht, die Utopie, die wir haben und die vielleicht viele noch haben und der man/frau nachhängt, nur die Realität ist das Problem. Über das sollte man/frau nachdenken. In den Herzen ist es nicht drin. Was muß da noch passieren, daß sich da was bewegt?

*E: Dieses Wunschenken, das viele haben, daß sich sozusagen ein Bündnis für Arbeit ergibt, zwischen Kapitalisten und Gewerkschaft, das gibt es ja in Wirklichkeit nicht. Die Gewerkschaftsführung und die Parteiführung, die Führung der Sozialdemokratie weicht schrittweise zurück und die sagen, wir täten ja gern, aber die Solidarität mit den anderen Bereichen stimmt nicht und die Leute machen ja auch nicht mit. Hier muß man/frau ehrlich sein und sagen, die Strategie, sich immer nur auf die Schadensbegrenzung zu reduzieren, die hat schon einmal verheerende Folgen gehabt.*

**R:** Ihr habt vollkommen recht, dem ist nichts hinzuzufügen, das Problem, das ich habe, ist, wir sind damals übergeblieben, das ist eine geschichtliche Tatsache. Und ein wenig sollten wir auch bewerten, was gibt es in Österreich auf dem Gebiet Sonn- und Feiertagsarbeit noch nicht, und was gibt es in anderen Ländern schon. Italien z.B. da redet keiner, Sonn- und Feiertage abgeschafft, in Einvernehmen mit dem Heiligen Stuhl, sollte man/frau auch sagen, wenn sich die kirchlichen Vertreter jetzt unters Volk mischen und sagen, geht nicht einkaufen. Also das bewegt mich

schon innerlich. Zum Beispiel zum Thema Moral und Bewußtsein.

*E: Aber was uns noch interessiert: Umgelegt auf die aktuelle Situation Multiplex und Sonntagsarbeit, was passiert jetzt. Du hast selber auf der Demonstration gesagt, es muß was passieren, es kann nicht so bleiben. Ok, es gibt die Unterschriftenlisten von der GPA Niederösterreich, aber das kann es ja nicht gewesen sein. Wie geht es weiter, was ist eure Strategie?*

**R:** Ich denke, daß man/frau die Verordnung des niederösterreichischen Landeshauptmannes, das ist jetzt die rechtliche Seite, hernehmen muß und sich die Punkte, die aus unserer Sicht rechtlich nicht möglich sind hernehmen muß und das einmal hebt. Das ist in erster Linie die Shopping City Süd. Die kann nicht halten als Tourismusgemeinde. Das heißt, wir müssen das rechtlich angehen. Es gibt jetzt die Möglichkeit, die zwar vom Farnleitner bestritten wird, daß man/frau ihn auffordert, dem Landeshauptmann eine Weisung zu geben. Und so wichtig das ist mit den Unterschriftenlisten, aber Unterschriftenlisten haben ein furchtbares Problem. Wir haben im 89er Jahr diese Aktion Handeln gehabt und 500.000 Unterschriften. Keine Sau redet darüber, der Vranitzky hat sie übernommen, mit den Einkaufswagerln sind wir damals gefahren. Die liegen bei uns im Keller. Die 500.000 Unterschriften waren nie ein Thema. Auch beim Koalitionsabkommen haben sie darauf gepfiffen. Also wir wollen eine Plattform ins Leben rufen, an der sich alle Menschen, aus welchen Moti-

ven auch immer, denen was am Herzen liegt am Thema Sonn- und Feiertagsarbeit, beteiligen können und die Möglichkeit haben, sich auf einer bundesweiten Plattform zu artikulieren, daß man/frau dort soweit wie möglich politischen Druck erzeugt.

*E: Aber ist es nicht auch ein Problem, wenn wir jetzt warten und schauen, ob wir den Pröll rechtlich einbremsen können. Weil gerade die Tatsache, daß im Multiplex Leute sozusagen illegal arbeiten, zeigt ja, daß man/frau in das Rechtssystem nicht allzuviel Vertrauen haben kann. Dann werden Gutachten eingeholt, dann reden Experten, dann gibt es eine Entscheidung vom OGH und dann ist die Luft draußen und dann bringst du auch nicht mehr viele Leute auf die Straße, dann wirst du auch nicht mehr wahnsinnig viele Aktionen zusammenbekommen.*

**R:** So kann es gar nicht rennen, aus dem einfachen Grund, die Frage der Sonn- und Feiertagsarbeit können wir nicht mehr verrechtlichen. Wir haben heute die Möglichkeit, im Arbeitsruhegesetz, also wenn es um Standortsicherung, um Sicherung und Vermeidung eines wirtschaftlichen Nachteiles geht, kann heute jeder über den Kollektivvertrag Ausnahmebestimmungen von der Sonn- und Feiertagsregelung bekommen.

*E: Aber das ist ja gerade vom ÖGB gefeiert worden. Das ist wieder eine Grube, die man/frau sich selbst gegraben hat.*

**R:** Das hat auch was positives, weil es ja doch unüberhörbar die Forderung der Wirtschaft gibt, die Feiertage überhaupt abzuschaffen. Die sagen das ja ganz offen. Es hat der 12a auch seine Vorteile. Der §12a ist bei der Novelle zum Arbeitszeitgesetz neu ins Arbeitsruhegesetz hineingekommen. Bisher konnte eine Ausnahme von der Sonn- und Feiertagsarbeit nur durch den Minister über eine Verordnung oder durch den Landeshauptmann zustande kommen und die hat immer für ganze Branchen Gültigkeit gehabt. Jetzt gibt es die Möglichkeit, mit dem 12a für ein Unternehmen eine Ausnahme zu machen und der Rest der Branche hat eine Ruhe. Vorher war die Möglichkeit, wenn ein Unternehmen Druck gemacht hat, haben sie für die gesamte Branche aufgemacht. Also der 12a hat auch von unserer Seite Vorteile. ■

## Ja, ich will ...

- ein **DIE EINHEIT**-Abo (4 Nr. ÖS 100,-)
- ein **Vorwärts** und **DIE EINHEIT** Abo (14 Nr. ÖS 200,-)
- ein **Vorwärts**-Normal-Abo (10 Nr. öS 200,-)
- ein **Vorwärts**-Sozial-Abo (10 Nr. öS 100,-)
- bei der Arbeitszeitverkürzungs-Kampagne mitmachen
- mich mit jemandem von Euch treffen

Name .....

Straße, Hausnummer .....

PLZ/Ort .....

Telefonnummer .....

Bitte  
frankieren!  
Danke!

An die  
**DIE EINHEIT**  
c/o SOV  
Kaiserstraße 14/11  
A-1070 Wien



# Immer wieder Lenzing!

*Vielen ist noch der "Subventionspoker" zwischen Oberösterreich und dem Burgenland um die Ansiedlung des zur Lenzing AG gehörenden Lyocell-Werkes in Erinnerung. Nach monatelangem Hin und Her hat schließlich das burgenländische Heiligenkreuz den Zuschlag erhalten. Bereits knapp ein Jahr nach der Fertigstellung und Eröffnung des Werkes machen nun erste Gerüchte um die Schließung des Werkes die Runde.*

● von Ali Kropf  
SOV-OG Wien Süd

Das Lyocell-Projekt wurde anno dazumal zu einem Prestigeobjekt sowohl der burgenländischen, wie auch der oberösterreichischen Landespolitiker. Nicht umsonst, denn immerhin versprach die Ansiedlung die Schaffung von 236 Arbeitsplätzen. Der lachende Dritte bei dem ganzen war die Lenzing AG, die sich nur zurücklehnen und das beste Angebot abzuwarten brauchte.

Die Abwanderung des Lyocell-Werks löste in Oberösterreich eine große Protestbewegung innerhalb der ansässigen Bevölkerung aus, die in einer Demonstration mit 4.000 TeilnehmerInnen im April 1995 ihren Höhepunkt fand. Die Hauptforderungen lauteten: Ablösung des Vorstandes und eine Arbeitsplatzgarantie für den Standort Lenzing. Neben vielen Gewerkschafts- und BetriebsvertreterInnen waren natürlich auch alle namhaften Landespolitiker bei der anschließenden Kundgebung vertreten. Nach einigem Hick Hack und der endgültigen Abwanderung, konnten aber auch sie schließlich einen Teilerfolg erringen, indem sie der Lenzing AG das Bekenntnis, daß es in naher Zukunft zu keiner "Freisetzung" von Arbeitskräften kommen werde, entlocken. Als nettes Detail am Rande ist noch zu erwähnen, daß sich unter den Demonstranten in Lenzing auch eine offizielle Delegation der Beschäftigten der Semperit-Traiskirchen befand, die ihre Solidarität mit der Lenzinger Bevölkerung und den Beschäftigten ausdrückte.

Neben dem größten Industriedreieck Österreichs, Linz - Wels - Steyr, ist der Bezirk Vöcklabruck die bedeutendste Industrieregion Oberösterreichs. Seit der Stilllegung der Kohle- und Bergbauindu-

strie in Timmelkam, Wolfsegg und Ampfelwang in den 80iger Jahren, droht diese Gegend nun immer stärker zur Krisenregion zu werden. Stiftungen und "Alternativarbeitsplätze" sollten für die ehemals im Bergbau Beschäftigten geschaffen werden. Das Musterprojekt der Landes- und Bezirkspolitiker war lange Zeit der Freizeit- und Abenteuerklub "Robinson" in Timmelkam. Aber auch hier konnten die Politiker nicht langfristig punkten, denn zum einen schafften nur wenige den Sprung vom Bergmann/der - frau zum Stallknecht bzw. GärtnerIn und zum anderen ging der Klub ziemlich rasch pleite. Damit war wieder nichts mit neuen "Alternativarbeitsplätzen" und der Druck auf die Politiker, für die Region aktiv zu werden, erhöhte sich.

## Die Versprechungen des Vorstandes und die Realität!

Noch bevor man/frau eine Verlegung des Lyocell-Standortes diskutierte, wurden im Zuge einer "Generalmodernisierung" 600 Arbeitsplätze, mit dem Vorwand, den Standort Lenzing zu sichern, wegrationalisiert. Auch aus der von den Politikern gelobten "Beschäftigungsgarantie" wurde nichts, denn Ende Oktober 1996 kündigte der Vorstand der Lenzing AG die "Einsparung" von 500 weiteren Arbeitsplätzen in Lenzing an. Als Vorwand dienten die schlechten Betriebsergebnisse der Lenzing AG-Standbeine in den USA, Indonesien und Brasilien, die aber gleichzeitig der größte Konkurrent für den Stammbetrieb sind. Und letztendlich sind auch in Heiligenkreuz nicht die versprochenen 236 Arbeitsplätze, sondern mit 125 gerade ein bißchen mehr als die Hälfte geschaffen worden.

Im Oktober des Vorjahres wurde noch mit einer groß angelegten Feier das Werk in Heiligenkreuz eröffnet, doch schon

bald darauf stellten sich die ersten Probleme ein. Ursprünglich sollte das Werk bis zu einer Kapazität von jährlich 60.000 Tonnen der seideähnlichen Faser ausgebaut werden. Derzeit ist man/frau noch immer in "Ausbaustufe I" mit 15.000 Tonnen und auch diese wird nur zu rund 30% ausgeschöpft.

Als Grund für die Absatzschwierigkeiten werden vom Konzern Probleme der Färbereien und generell mangelndes Know-how im Umgang mit der Faser genannt. So wird das Werk in Heiligenkreuz allein in diesem Jahr Verluste jenseits der 200 Millionen schreiben. Das drängt natürlich auch den Mehrheitseigentümer, die Bank Austria, aktiv zu werden. Denn immerhin hat Herbert Liaunig – Lenzing Präsident – bereits von Gerhard Randa – Generaldirektor der BA – den Auftrag bekommen, den Lenzing-Konzern für einen Verkauf vorzubereiten, und da braucht man/frau keine Verluste schreibenden "Bremsklötze".

## Subventionswahn und trotzdem Schließung?

Intern sollen bereits Gutachten erstellt werden, die die Kosten für eine etwaige Schließung des Standortes Heiligenkreuz berechnen und wieweit der Konzern dies auch finanzieren könnte. Bis jetzt wurden von der Lenzing AG für den Aufbau des Standortes Heiligenkreuz 1,6 Milliarden Schilling investiert. Die Subventionszusagen alleine für diesen einen Standort belaufen sich auf mehr als die Hälfte – nämlich auf 891 Millionen Schilling! Da stellt sich natürlich auch die Frage, wer denn nun eigentlich über die Geschicke des Betriebes zu bestimmen hat, wenn die öffentliche Hand de facto mit mehr als der Hälfte der Gesamtinvestitionen beteiligt ist. Aber wahrscheinlich wird im Fall des Falles einer Schließung oder Verkaufs des Werks in Heiligenkreuz wieder eine "Beschäftigungsgarantie" oder ein Subventionsabkommen ausgehandelt. Deshalb ist das Lyocell-Debakel ein gutes Beispiel, wohin es führt, wenn man/frau sich der Profit- und Standortlogik unterwirft. ■



# Gewerkschaften & Globalisierung

*In den letzten Jahren klagen GewerkschafterInnen zunehmend über die "neuen Fragestellungen", mit denen sie konfrontiert sind. Gemeint sind Produktionsverlagerungen, "Just-in-time-production", Flexibilisierung und Deregulierung. Über allem schwebt das allmächtige Gespenst der "Globalisierung", ein neues Schlagwort, das seit Beginn der 90er Jahre als allround-Argument für so gut wie jeden Angriff und für jeden Kompromiß der Gewerkschaften herhalten muß.*

von Sonja Grusch  
SOV OG - Wien Nord

Internationalisierung ist ein Prozeß, der mit der Entwicklung des Kapitalismus Hand in Hand ging und weiter geht. Hinzu gekommen ist dabei die starke Autonomie auf den Finanzmärkten, ein Prozeß, der Vorgänge schwerer kontrollierbar und steuerbar macht. Aber auch die Fragestellungen für die Gewerkschaften sind nicht so neu, denn auch in der Vergangenheit gab es Heimarbeit, "hire and fire", "verlängerte Werkbank" - die Auslagerung von Produktion in Staaten der sogenannten "3. Welt". Aber aufgrund der Periode, in der sich der Kapitalismus heute befindet, treten sie schärfer zutage.

Mit Ende des Nachkriegsaufschwungs Anfang der 70er Jahre kehrte weltweit die kapitalistische Normalität mit Auf- und Abschwüngen und mit der grundsätzlichen Problematik des "tendenziellen Falls der Profitrate" wieder. Dabei geht es darum, sehr vereinfacht, inwieweit sich der Einsatz von Kapital rentiert. Also darum, wie hoch der Anteil des Profits am eingesetzten Kapital ist. Da nur die Arbeitskraft Mehrwert schaffen kann, diese aber im Vergleich zu den eingesetzten Maschinen immer mehr abnimmt, sinkt auch die Profitrate. Eben jene ist es aber, und nicht der Profit an sich, die für den Kapitalisten von zentraler Bedeutung ist. Da diese Profitrate eben die Tendenz hat, zu sinken, gibt es von Seiten der Kapitalisten

beständig Versuche, dieser Tendenz entgegenzuwirken, wie z.B. mittels der Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskraft. All jene Angriffe der Kapitalisten, die unter dem Überbegriff "Neoliberalismus" zusammengefaßt werden können, stellen Versuche dar, die Profitrate - zu ihren Gunsten - zu steigern.

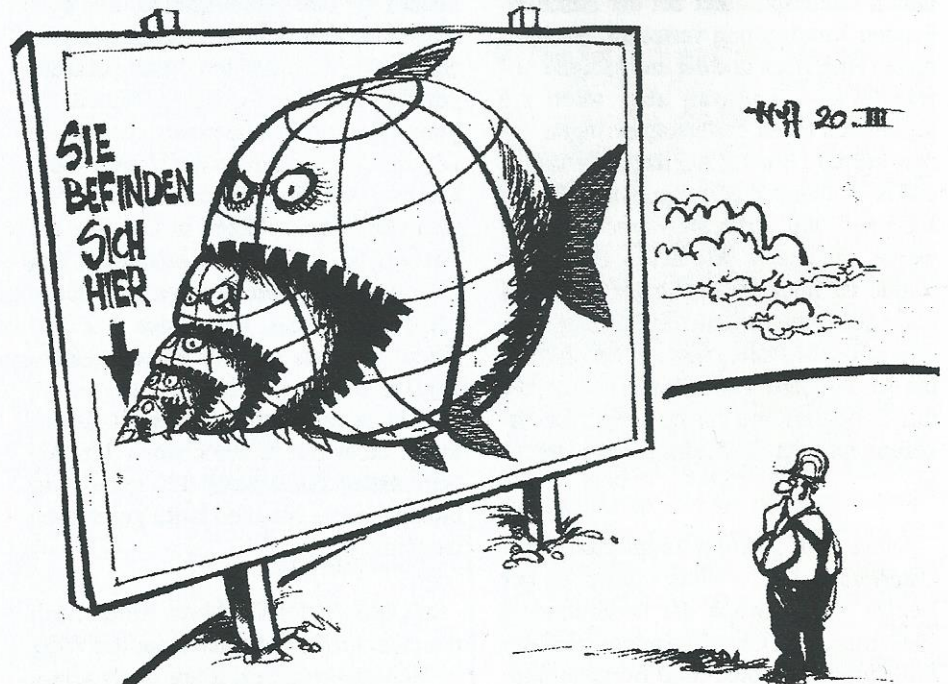
## Gewerkschaften und Systemlogik

Daß das Kapital mit diesen Versuchen in den letzten 10 Jahren immer erfolgreicher ist, ist auch auf die negativen Auswirkungen des Zusammenbruchs der stalinistischen Systeme Ende der 80iger und

dem damit verbundenen Wegfall einer, wenngleich auch unzureichenden Systemalternative zurückzuführen. Weitere Faktoren sind der Rechtsruck der traditionellen ArbeiterInnenorganisationen - sowohl der Sozialdemokratien, der stalinistischen und v.a. ex-stalinistischen Organisationen aber auch der Gewerkschaften - und die bürgerliche, sprich neoliberale Offensive.

## Wo bleibt die Systemalternative?

Den ArbeiterInnenorganisationen, den Parteien wie den Gewerkschaften, ist die Systemalternative abhanden gekommen. Auch das ist nichts neues, hat aber in Zeiten, in denen die ArbeiterInnenklasse in der Defensive ist, viel stärkere Auswirkungen. Ohne Alternative zum Kapitalismus muß dieser akzeptiert werden - mit all seinen Sachzwängen. Sie sind in der kapitalistischen Logik gefangen, wo für systemsprengende Lösungen kein Platz





ist, müssen die Argumente der Kapitalisten, wie zu hohe Lohnkosten, Konkurrenzfähigkeit, mehr Flexibilität, letztlich akzeptiert werden. Besonders in einer kleinen Volkswirtschaft wie Österreich, die noch dazu durch die geographische Nähe zu Osteuropa gekennzeichnet ist, ergibt sich eine hohe Akzeptanz der "Standortlogik" durch die Gewerkschaften.

**Die Sozialpartnerschaft ist ein Garant für die Standortlogik!**

Der ÖGB stellt ein Paradebeispiel dafür dar: Seit seiner Gründung 1945 steht er fest am Boden des Kapitalismus, an dessen Wiederaufbau er sich, wenn auch "mit menschlichem Antlitz", aufgrund seiner staatstragenden Eigendefinition beteiligte. Mit der Produktivitätstheorie hatte das sehr konkrete Auswirkungen auf die Lohnpolitik des ÖGB. Lohnforderungen orientierten sich am Produktivitätszuwachs, Umverteilung zwischen den Klassen war nicht prioritär. Die enge Anbindung an die Sozialdemokratie und die vollständige Integration in die "Sozialpartnerschaft" tat und tut ein übriges. Die ÖGB-Bürokratie hat daher für die Argumente der Unternehmer stets ein offenes Ohr, wehrt sich zwar anfangs, akzeptiert sie aber letztlich und organisiert keinen bzw. hemmt existierenden Widerstand.

**Ist überhaupt noch Platz für Reformen?**

Die Gewerkschaften haben, mit wenigen Ausnahmen, stets eine reformistische Politik verfolgt. Sie versuchten also, durch Reformen Verbesserungen für die ArbeiterInnen innerhalb des kapitalistischen Systems zu erreichen. Die Entwicklung des Kapitalismus nach 1945 mit dem Nachkriegsboom bot viel Platz für reformistische Politik und schuf auf dieser Grundlage Illusionen, die in Kombination mit dem starken Antikommunismus der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften, die ideologische Basis bildeten.

Auch in den 70er Jahren, unter Kreiskys SPÖ-Alleinregierung, konnten dem Kapital noch etliche Reformen, wie zum Beispiel die generelle Einführung der 40-Stundenwoche, abgerungen werden. Diese Reformpolitik wich aber in den 80er Jahren immer stärker der Losung der

"Absicherung des bereits Erreichten". Anstatt für neue Reformen zu kämpfen, begannen sowohl SPÖ wie auch der ÖGB, dem Kapital immer mehr Zugeständnisse zu machen. Spätestens seit dem Amtsantritt Franz Vranitzkys als Bundeskanzler 1986 war die "Reformpolitik" vollständig der "Sparlogik" gewichen. Mit den Sparpaketen Mitte der 90er Jahre dehnte das Kapital die Angriffe auf die ganze arbeitende Bevölkerung aus. Unter dem Deckmantel einer "Reform" und der "Budgetsanierung" wurden und werden alle erkämpften Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse nun in Frage gestellt. Die Krise der Weltwirtschaft mit wach-

senden Konkurrenz unter den Kapitalisten, der Enge auf den Absatzmärkten, dem Versuch, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken, entzogen dieser reformistischen Politik die ökonomische Grundlage. Die "Verteilungsspielräume" sind enger geworden. Wenn der Kuchen groß ist, ist es für reformistische Gewerkschaften leichter, ein Stück für die ArbeiterInnenklasse zu "erkämpfen". Aufgrund der ökonomischen Rahmenbedingungen, wie instabile Gesamtwirtschaft, steigende Konkurrenz und v.a. steigende Arbeitslosigkeit, muß eine Gewerkschaft ohne Alternative unweigerlich in die Defensive geraten.

heißt das: Wenn die Gewerkschaften Forderungen aufstellen, so stoßen sie heute rascher auf härteren Widerstand als in wirklichen Aufschwungzeiten. Forderungen, die in den 50er und 60er Jahren für reformistische Gewerkschaften kein Problem darstellten, können heute rasch an die Systemgrenzen stoßen. Angesichts der geänderten Voraussetzungen-Stichwort hohe Staatsverschuldung-ist auch eine Wiederkehr der Politik der 70er Jahre nicht möglich.

Die offizielle Gewerkschaftsführung weicht Schritt um Schritt vor den Angriffen des Kapitals zurück und begnügt sich



im besten Fall nur noch mit einer Politik der Schadensbegrenzung. Die Diskrepanz zwischen dem, was aufgrund des Wachstums der Profite möglich und aufgrund der sozialen Situation der ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen notwendig wäre und dem, was die Gewerkschaft fordert, wird immer größer.

**Im Unterschied zur Sozialdemokratie verfügen die Gewerkschaften noch über eine proletarische Basis!**

Gewerkschaften spielen heute schon die Rolle von Bremsern und Verhinderern von Klassenkämpfen, teilweise sogar eine der aktiven Teilnahme an Sozialabbau und Kürzungspolitik. Anders aber als die traditionellen, ehemaligen Parteien der ArbeiterInnenklasse, sind die Gewerkschaften nach wie vor in der Arbeiter-

**Die Verteilungsfrage spitzt sich zu!**

Heute ist der Kuchen klein - der Kampf um ein Stück vom Kuchen wird rasch zum Kampf um den Kuchen selbst. Konkret



Innenklasse verankert. Im Gegensatz zu diesen Parteien können die Gewerkschaften viel schwerer von ihrer proletarischen Mitgliedschaft abweichen und sie durch eine Verankerung im bürgerlichen Staatsapparat "ersetzen". Sie sind noch viel stärker von ihrer Mitgliedschaft abhängig und ihr Wert wird von den Kapitalisten auch nicht zuletzt an ihrer Mitgliedsstärke gemessen.

Das führt zu einer manchmal ambivalenten Haltung aber auch zur Existenz von Repräsentanten verschiedener Zugänge innerhalb der Gewerkschaft. Auf Druck der Mitgliedschaft sind Gewerkschaften noch viel eher gezwungen, den Angriffen, auch gegen den ursprünglichen Wunsch der Bürokratie, Widerstand entgegenzusetzen. Wenn sie den Angriffen von Unternehmern und Regierungen nichts entgegensetzen, verlieren sie ihre Mitgliedschaft. Der ÖGB kann seine nach wie vor hohen Mitgliedszahlen nur durch Schönfärberei, wie die Einbeziehung der Pensionisten und ein quasi "closed-shop"-System im Öffentlichen Dienst aufrechterhalten. Die tatsächliche, aktive Mitgliedschaft geht aber dramatisch zurück.

**Internationale Solidarität  
statt "Globalisierungsfalle"!**

Der Bewegung muß der Sozialismus als Alternative wiedergegeben werden. Gerade aufgrund der enger gewordenen Spielräume schlagen rein ökonomische Kämpfe, wobei diese Trennung an sich nicht zulässig ist, rascher in politische um. Da der Gewerkschaftsbürokratie das bewußt ist, zögert sie beim Aufstellen von Forderungen. Wenn die Systemalternative aber fehlt, können die Kämpfe letztlich nicht erfolgreich sein. Und aufgrund der sogenannten "Globalisierung" gewinnt der Slogan der "Internationalen Solidarität", die sich nicht auf Resolutionen beschränken darf, sondern eine Vernetzung und Zusammenarbeit bedeuten muß, immer mehr an Aktualität.

Gerade darum ist es umso wichtiger, ein internationales Netzwerk fortschrittlicher, engagierter GewerkschafterInnen aufzubauen, um dem Neoliberalismus von "oben" eine breite Bewegung und Mobilisierung von "unten" entgegensetzen zu können. Nur so kann es gelingen, den Teufelskreis der Armut letztendlich zu durchbrechen

# Warum SozialistInnen für das "Recht auf Arbeit" unterschreiben sollten!

*"Wenn das Proletariat sich nicht dem Verfall aussetzen will, dann darf es nicht zulassen, daß eine wachsende Anzahl von Arbeitern zu chronisch Arbeitslosen, zu Elenden gemacht wird, die von den Almosen einer zerfallenden Gesellschaft leben. Das Recht auf Arbeit ist das einzig ernstzunehmende Recht, das der Arbeiter in einer auf Ausbeutung gegründeten Gesellschaft hat. Doch wird ihm dieses Recht auf Schritt und Tritt genommen." (L. Trotzki, "Übergangsprogramm", 1938).*

● von John Evers  
Verantwortlicher für  
die SOV-AZV-Kampagne

Zugegeben - es ist "unorthodox", unseren LeserInnen gleich zu Beginn ein Trotzki-Zitat an den Kopf zu schmeißen. Unterstrichen werden soll damit, daß es offensichtlich auch mit "revolutionärem Marxismus" vereinbar ist, eine Forderung wie jene nach dem "Recht auf Arbeit" aufzustellen. Auch heute fordert die fortschrittlichste Arbeitslosenbewegung Europas - die französische AC! - dieses "Recht" ein.

In Österreich waren im Winter '97/'98 rund 300.000 Menschen offiziell arbeitslos. 750.000 - 1,5 Millionen Menschen leben in einer "zerfallenden Gesellschaft" an oder unter der Armutsgrenze. Die österreichische Bundesregierung legt einen sogenannten "Beschäftigungsplan" vor, der die Vernichtung von über 60.000 Industriearbeitsplätzen in den nächsten Jahren berechnet. "Chronische Arbeitslosigkeit" und eine Entwicklung, die immer mehr Menschen - durch unsichere Billigjobs und Sozialabbau - zu "Elenden" macht, gehen Hand in Hand. Den Hintergrund dafür stellen die wachsenden "inneren" Widersprüche und die "strukturelle" ökonomische Krise des Kapitalismus dar. Sie bedeuten, daß im Rahmen dieses Systems immer weniger Menschen auch nur ein Minimum an sozialer Sicherheit garantiert wird. Das "Recht auf Arbeit" zu fordern, ist unter diesem Gesichtspunkt ein genauso zu unterstützender Punkt, wie die Verteidigung des Sozialstaats. Oder - an einem Beispiel: Das Liberale Forum fordert die Einführung eines "Grund-

sicherungsmodells". Dieser scheinbar fortschrittlichen Forderung gehen auch viele - "oft ganz besonders" - Linke auf den Leim. Tatsächlich bedeutet die liberale Forderung zweierlei: 1. Die Akzeptanz des Phänomens Arbeitslosigkeit. 2. Die Zerschlagung des bestehenden und erkämpften Gefüges sozialer Rechte, zugunsten einer minimalen "Grundsicherung" die eher Almosencharakter hat. SozialistInnen sollten weder bereit sein, die Massenarbeitslosigkeit, noch die Zerschlagung des Sozialstaats zu akzeptieren.

Im Sinne der Thematisierung und vor allem Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollten SozialistInnen dieses Volksbegehren unterschreiben. Die entscheidende Frage ist aber jene nach dem "Wie?". Der Volksbegehrentext lautet auf Einführung einer Verfassungsbestimmung. Ein Volksbegehren schränkt prinzipiell die Möglichkeiten der Forderungen - und an welche Adressaten diese gerichtet werden können - ein. Hier ist die Frage zu stellen, ob ein Volksbegehren ein geeignetes "Kampfmittel" gegen die Arbeitslosigkeit darstellt. Ich denke, daß das Recht auf Arbeit sicher nicht durch eine Verfassungsbestimmung durchgesetzt wird. Auch wenn es kein Zufall ist, daß dieses Recht - wie alle sozialen Rechte - nicht zu den "klassischen" bürgerlich-liberalen Menschenrechten gehören.)

Das Recht auf Arbeit muß - wie andere Rechte auch - erkämpft werden. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn ist hierfür der zentrale Hebel. Das im Text des Volksbegehrens zu "verschweigen", ist zumindest ein schwerer, fast "unverzeihlicher", Fehler.



# High-Skill-, Tele-, Ground- & Hobbyworker

## Die Zukunft der Arbeit?

*Was ein Zukunftsforscher zum Thema Arbeit im 21. Jahrhundert zu sagen hat, klingt modern – schließlich tragen die angeblich neuen Arbeitsformen englische Namen. Hinter den Begriffen verbergen sich jedoch weniger Formen des "New Work", als blanker Zynismus.*

von Uta Leykauf

Im Standard vom 11. April 98 ist ein Artikel über eine Veranstaltung der NÖ-Landesakademie zum Thema "New Work im 21. Jahrhundert" zu finden, in dem die Thesen des Zukunftsforschers Matthias Horx präsentiert werden. Dieser sieht die Abkehr von der Normalarbeitszeit als Bereicherung; schließlich kann dadurch eine "neue, produktivitätssteigernde Arbeitskultur" entstehen.

### Gewinner und Verlierer!

GewinnerInnen des Prozesses sind nach Horx die "High-Skill-Worker", also die hochspezialisierten FacharbeiterInnen und die "Teleworker". Ja, Telearbeit ist super: Allein daheim vorm Kasten, frau kann neben der Arbeit ihre Kids aufziehen, schluß mit den lästigen Sozialkontakten und vor allem der Möglichkeit, sich mit anderen ArbeitnehmerInnen zusammenzuschließen.

Weitere Profiteure der Arbeitsprozeßveränderung sind die "Groundworker", welche "komplex arbeitenden Menschen die einfachen Tätigkeiten abnehmen". Ist doch auch wahnsinnig neu, daß die Mehrheit der LohnarbeiterInnen schlecht bezahlte Arbeit für ein paar SpezialistInnen macht, wobei auch das SpezialistInnentum den Trends des Arbeitsmarkts unterworfen ist: Wer heute noch gut

verdienende/r SpezialistIn ist, kann morgen bereits Profi in Sachen Arbeitslosigkeit sein, wenn die Branche umstrukturiert/wegrationalisiert/ausgehungert etc. wird.

Anstatt Arbeitslose/r, kann frau/man auch "Neue/r Freiwillige/r" werden. Jene arbeiten "nicht des Geldes wegen, sondern, weil sie am Arbeitsprozeß teilhaben wollen". Hier handelt es sich wohl

by zur Telearbeit machen." Also ein absolutes Novum: Frau angelt sich Mann mit Geld und tut zum Spaß ein bißel arbeiten (spielen). Mit einem Wort: Die wahren GewinnerInnen des "New Work" sind wir Frauen - oh yeah! Dies können die vorwiegend weiblichen Handelsangestellten, die von der Flexibilisierung der Öffnungszeiten betroffen sind, sicher bereits jetzt "bestätigen".

### Was sind nun "Couchpotatoes"?

Wem es bis jetzt noch nicht die Sprache verschlagen hat, der/die höre und staune, was Horx zu den VerlierInnen der Zukunft zu sagen hat: "Die Couchpotatoes fristen aufgrund ihres Unvermögens, sich in diese neuen Arbeitsprozesse einzugliedern, ihr Leben vor dem Fernsehapparat. Sie haben Armut als Lebensstil gewählt." Ein altbekanntes Vorurteil: Ätsch, weilst nix hackl'n willst, bist arbeitslos! Selber schuld, schau wo du bleibst!

Summa summarum ist überhaupt nichts neu am "New Work", mal abgesehen von den schönen englisch-sprachigen Bezeichnungen. Auch nicht ganz neu sind die Versuche, die Auswirkungen der neoliberalen Marktwirtschaft als unabänderliche, leider halt für einige Menschen existenzbedrohende Tatsache darzustellen.

Absolut "trendy" scheint allerdings der Zynismus zu sein, mit dem das Thema Arbeit behandelt wird. Und weil englische Neo-Bezeichnungen "hip" sind, wird nun der Herr Zukunftsforscher auch umbetitel: No future – but just keep smiling – Specialist.



„Was wäre, wenn die Freisetzungswellen zu einer neuen, produktivitätssteigernden Arbeitskultur, die nicht nur auf Normalarbeitsplätzen basiert, führen würde.“ – Eine Frage, die der Zukunftsforscher Matthias

kürzlich bei einer Veranstaltung verdienen. „Sie ersetzen die traditionellen Industriearbeiter, dezimieren jedoch gleichzeitig ihre Zahl radikal.“ Da die Arbeit aber nicht generell verschwunden ist, werde allein bestimmend sein, ob die Veränderung... oder als

um ehrenamtliche Arbeit; doch wovon die Freiwilligen leben, bleibt offen.

Da ist es vielleicht klüger, zum "Hobbyworker" zu mutieren. Das sind laut Horx "die im Wohlstand lebenden Arbeitwilligen, nämlich vorzugsweise Frauen, die sich in einem "New Deal" mit einem gut verdienenden Ehemann ihr Hob-



# Indonesien:

## Die Arbeiter betreten die Bühne!

Am 20. Mai trat der Indonesische Diktator Suharto nach monatelangen Protesten der StudentInnen zurück. Doch dieser Schritt bedeutete keineswegs das Ende der Bewegung – vielmehr hat sie seither ihren Charakter grundlegend verändert. Die ArbeiterInnen, die am Beginn dieses Jahres der Bewegung noch zögernd gegenübergestanden waren, sind aktiv geworden. Seit mehreren Monaten ist nun eine Zunahme von betrieblichen Kämpfen, von gewerkschaftlicher Organisierung zu verzeichnen. Für das Regime ist diese Entwicklung, wie ein Spekulant zu einem Journalisten meinte: "viel ernster als die Studentenproteste".

von Anna Schneider,  
Jakarta - für das CWI

Im 209 Millionen Menschen zählenden Staat Indonesien gehören rund 40 Millionen direkt zur ArbeiterInnenklasse. Ein großer Teil der IndustriearbeiterInnen kommt aus dem Erdölsektor, der eine der wichtigsten Einnahmequellen des Staates ist. Anfang der 70er Jahre kamen noch rund 30% des BIP aus dem Öllexport, aber mit der Ölkrise wurde eine Veränderung in der Wirtschaftspolitik notwendig. Seit den 80er Jahren verzeichnete das Land einen Investitionsboom. Indonesien wurde interessant für ausländisches Kapital, das nur zu gern bereit war, darüber hinwegzusehen, daß Suhartos Regime eine blutige Diktatur war. Bekannte internationale Unternehmen wie General Electric, Siemens, Deutsche Telekom, Kia-Motors... arbeiteten eng mit dem Regime zusammen.

### Die Auswirkungen der "asiatischen Grippe"

Die nun seit über einem Jahr dauernde Krise hat die gesamte Wirtschaft hart getroffen. Zur extrem hohen Auslandsverschuldung, der Bankenkrise, der Inflation und der Exportkrise kommt noch die Kapitalflucht von ausländischem Kapital einerseits und dem Kapital der chinesischen Indonesier andererseits hinzu. Aus dem wirtschaftlich aufstrebenden Land mit vielversprechenden Wachstums-

zahlen ist binnen weniger Monate ein wirtschaftliches Trümmerfeld geworden. Die Leidtragenden sind einmal mehr nicht jene, die in den letzten Jahrzehnten in Suhartos Schlepptau Millionen geschafft haben - abgezweigt aus "Entwicklungshilfe" oder direkt vom Volk gestohlen -, sondern die ArbeiterInnen, die



Repressive laws limit free speech  
"unterdrückende Gesetze und limitierte Meinungsfreiheit"

Bauern und Landlosen und die "Urban Poor", jene Schicht in den Städten, die mit dem Begriff "Lumpenproletariat" charakterisiert werden kann. Die Industrie ist nicht einmal annähernd ausgelastet, ständig werden ArbeiterInnen entlassen, es

gibt Kurzarbeit und steigende Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig steigen die Preise, sinken die Löhne und fehlen Sozialleistungen.

### Welche Gewerkschaften?

Während die StudentInnen, die Anfang 1998 den Kampf gegen Suhartos Diktatur und die sozialen Probleme begonnen hatten, sich größtenteils zurückgezogen haben, beginnt für die ArbeiterInnen der Kampf erst. Überall kommt es zur Bildung von unabhängigen Gewerkschaften, die ArbeiterInnen streiken und gehen auf die Straße.

Offiziell gibt es die Staatsgewerkschaft SPSI, die allerdings nicht die Interessen der ArbeiterInnen, sondern jene des Regimes vertat und vertritt. Durch die Streiks in den letzten Monaten hat sich aber selbst diese "Gewerkschaft" in manchen Betrieben verändert und hat unter dem Druck der Basis die ArbeiterInnen tatsächlich vertreten müssen. Die im Ausland bekannteste oppositionelle Gewerkschaft ist die SBSI unter Muchtar Pakpahan. Das ist wohl auch kein Zufall, steht Pakpahan doch klar auf dem Boden des Kapitalismus und wird u.a. von der deutschen CDU und von Mitgliedern des US-Kongresses unterstützt. Eine "Gewerkschaft", von der in- und ausländische Unternehmer nicht allzuviel zu befürchten haben. Pakpahan war einer jener politischen Gefangenen, die nach Habibies Machtantritt freigelassen wurden, während linke GewerkschafterInnen nach wie vor inhaftiert sind.

Von 1994 bis 1996 gab es noch die PPBI, eine linke Gewerkschaft, die der PRD, der Demokratischen Volkspartei, nahestand. In diesen Jahren gab es auch eine starke Zunahme von Arbeitskämpfen – von 1993



auf 1994 allein um 350%. Die PPBI organisierte zehntausende ArbeiterInnen und war von der staatlichen Repression stark betroffen. Dita Sari, eine PPBI-Aktivistin, die 1996 in Surubays Streiks von TextilarbeiterInnen angeführt hat, sitzt nach wie vor im Gefängnis.

**Auch der neue Präsident hält am "harten" Kurs gegenüber den ArbeiterInnen fest!**

Für die ArbeiterInnen gab es unter Habibie keine Veränderungen. Weder hat sich die soziale Situation geändert, noch gibt es gewerkschaftliche Rechte. Vor kurzem erst hat die Regierung Habibie ein neues Demonstrationsgesetz verabschiedet, das eine verstärkte Kontrolle bedeutet. Viele Bürgerliche loben die neu gewonnene "Freiheit", die Pressefreiheit, die Redefreiheit, aber diese "bürgerlichen Freiheiten" kommen - wenn überhaupt - tatsächlich nur den Bürgerlichen zugute. Gewerkschaftliche Rechte sind nach wie vor nicht vorhanden. Die Presse berichtet erstens nach wie vor nur mangelhaft bis gar nicht über staatliche Repression und Arbeitskämpfe und zweitens können sich immer weniger Menschen den Erwerb einer Tageszeitung leisten. Und selbst wenn es nächstes Jahr zu Wahlen kommen sollte, so stellt sich für die ArbeiterInnen doch die Frage, welche Partei sie wählen sollen. Es sollen nur Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattfinden, der Präsident wird dann von den Abgeordneten der beratenden Volksversammlung MPR gewählt.

**Das neue Arbeitsgesetz soll die Gründung neuer Gewerkschaften verhindern!**

Im Oktober soll ein neues Arbeitsgesetz verabschiedet werden, daß eine Reihe von Verschlechterungen beinhaltet. Nach Aussagen von GewerkschaftsaktivistInnen ist das alte Arbeitsgesetz "gar nicht so schlecht". Es wurde noch unter Sukarno, dem ersten Präsidenten Indonesiens, und unter dem Einfluß der PKI, der Kommunistischen Partei, verabschiedet. Das neue Gesetz erschwert die Gründung von Gewerkschaften (auf rechtlicher Ebene, denn praktisch war es unter Suharto auch nicht möglich, solche zu gründen), erleichtert Entlassungen und die Ausgliederung von Produktion an Subkontrakt-

NehmerInnen. Gegen dieses neue Gesetz planen die GewerkschafterInnen nun Maßnahmen zu organisieren. Denn in ganz Indonesien haben sich in den letzten Monaten auf betrieblicher und regionaler Ebene Gewerkschaften gegründet, die manchmal nur einige hundert, manchmal zehntausend ArbeiterInnen und mehr



Watch out! Latent danger!  
"Paß auf! Gefahr!"

organisieren. Wobei es sich hierbei weniger um formale Organisationen, wie wir sie kennen, handelt, sondern um nach wie vor illegale oder halb legale Gruppen. Ein Kern von sehr bewußten und opferbereit AktivistInnen versucht die ArbeiterInnen in den Betrieben zu informieren und zu mobilisieren, eine formelle Mitgliedschaft gibt es meist nicht.

**Die Spaltung überwinden**

Zwischen diesen Gewerkschaften bildet sich ein Netz zur Zusammenarbeit. VertreterInnen aus verschiedenen Städten, wie der Industriestadt Surabaya, die eine lange Geschichte von Arbeitskämpfen hat, der Universitätsstadt Yogyakarta, die schon lange für ihre Aufmüpfigkeit bekannt ist, aus Jabotabek, dem Industriegebiet Jakarta-Bogor-Tangerang-Bekasi, aber auch von anderen Inseln wie Sumatra oder Sulawesi kommen in geheimen Treffen zusammen, um die weitere Zusammenarbeit zu diskutieren. Vor der Gründung einer gemeinsamen Gewerkschaft für Indonesien schrecken viele AktivistInnen noch zurück, für sie ist der

Gedanke einer landesweiten Gewerkschaft noch eng mit der Staatsgewerkschaft SPSI, die im Dienste Suhartos bzw. Habibies agiert(e), verbunden

Ein weiteres Problem ist die Spaltung der ArbeiterInnen in die Beschäftigten von indonesischen Betrieben bzw. Betrieben mit asiatischen Eigentümern und jene von europäischen und US-Multis und die Staatsangestellten. Die erste Gruppe organisiert sich zunehmend in den neuen Gewerkschaften hat aber keinen Kontakt zu den ArbeiterInnen in den Betrieben der außer-asiatischen Multis, da dort die Löhne nicht ganz so niedrig sind. Die Beschäftigten der Staatsbetriebe sind zwar meist miserabel bezahlt (und das Einkommen sinkt real, da es gewisse Beschränkungen bei der Korruption gibt) organisieren sich aber nach Aussagen von GewerkschaftsaktivistInnen noch nicht in den neuen Gewerkschaften. Die Arbeitskämpfe der letzten Monaten finden v.a. in Betrieben der Grundstoffindustrie (Textil, Stahl & Bergbau) statt, aber auch bei Prestigeunternehmen wie der Fluglinie Garuda gab es bereits Arbeitsniederlegungen. Deutlich wird auch, daß, wo der militärische Druck gelockert wird, sofort die Chance ergriffen wird, zu streiken. So kam es z.B. unmittelbar nachdem Teile des Militärs aus Irian Jaya (in dem es ebenso wie in Ost-Timor einen Unabhängigkeitskampf gibt) abgezogen wurden, zu einem Streik von rund 5000 ArbeiterInnen bei der Freeport-McMoRan Kupfer & Gold Inc., der größten Kupfer- und Goldmine der Welt.

Indonesien hat traditionell eine aktive und kämpferische ArbeiterInnenklasse. 1920 wurde mit der PKI die erste Kommunistische Partei Asiens gegründet, Anfang der Sechziger Jahre war sie mit rund 3,5 Millionen Mitgliedern und rund 20 Millionen, die in Vorfeldorganisationen organisiert waren, die größte KP außerhalb der stalinistischen Staaten. Mit dem Aufbau der Industrie sahen sich die holländischen Kolonialherren auch mit Arbeitskämpfen konfrontiert. Auch unter Suhartos Diktatur traten die ArbeiterInnen immer wieder in den Ausstand, die letzte große Welle von Arbeitskämpfen gab es zwischen 1994 und 1996. In den letzten Monaten hat die Zahl der Arbeitskämpfe zugenommen und damit



Demonstrationsstreiks geht es häufig um Lohnforderungen und betriebsbezogene Belange. Eine zentrale Forderung ist aber meist auch das Recht auf freie Organisation, also für die Bildung freier Gewerkschaften. Eine weitere Forderung ist das Ende der Kollusion (also der direkten Zusammenarbeit und Verbundenheit) zwischen dem Arbeitsministerium und den Unternehmern.

Bei den Arbeitskämpfen geht es also keineswegs nur um "ökonomische" Belange, sondern sie haben einen hoch politischen Kern. Ein Thema, das den GewerkschaftsaktivistInnen ein besonderes Anliegen ist, ist die Frauenfrage. Bei ihren Forderungen steht "gleicher Lohn" und "gleiche Rechte" ganz oben.

### Die zentrale Frage der Partei!

Obwohl es eine Zunahme von Klassenkämpfen in der letzten Periode gegeben hat, fehlt doch die Vereinheitlichung und das gemeinsame Ziel. Die StudentInnenproteste hatten das Ziel "Down with Suharto" - aber nachdem (scheinbaren) Erreichen dieses Zieles ist die Bewegung abgebröckelt und hat viel von ihrem Schwung verloren. Es fehlt die Perspektive. Auch für die ArbeiterInnenbewegung stellt sich die Frage der Zukunft und der Perspektiven. Das Vertrauen in Habibie ist zwar beschränkt, aber mangels einer Alternative kann sich sein Regime stärker festigen, als ursprünglich erwartet. Obwohl sich in den letzten Monaten rund 60 Parteien gegründet haben, gibt es nach wie vor keine wirkliche ArbeiterInnenpartei (obwohl sich manche so nennen).

Abgesehen von der gewerkschaftlichen Organisation stellt sich für Indonesiens ArbeiterInnen noch die Frage der politischen Organisation, der Partei. Diese Frage ist nicht nur im Zusammenhang mit den nächsten Jahr stattfindenden Wahlen von zentraler Bedeutung, sondern vor allem bei der Organisation von Widerstand und der Fortführung der Revolution, die erst am Anfang steht. Megawati Sukarnoputi, Tochter des ersten Staatspräsidenten Sukarno und die zentrale Figur der bürgerlichen Opposition, und ihre PDI sind klar prokapitalistisch. Sie genießen zwar große Unterstützung v.a. unter den "Urban Poor", hat sich aber wäh-

rend der StudentInnenbewegung im Hintergrund gehalten. Anstatt sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und tatsächlich Veränderungen zu erreichen, ist sie hinter der Bewegung hergehinkt und hat diese gebremst. Sie hat sich sogar dagegen ausgesprochen, Suharto zu enteignen.

### Die Gefahr des Fundamentalismus

Muchtar Pakpahan von der SBSI hat die "Democratic Union Party" (PUDI) gegründet. Diese wird aber von GewerkschaftsaktivistInnen ebensowenig als ArbeiterInnenpartei gesehen, wie die moslemische "National Solidarity Union Party".

Eine große Gefahr geht von den islamischen Fundamentalisten aus, die versuchen, in das entstandene Vakuum zu stoßen. Nicht nur, daß sie aufhetzen - v.a. Diskotheken stürmen und niederbrennen (vorzugsweise in Orten, wo sich vorher



Jail is not the place for student activists  
"Das Gefängnis ist nicht der Platz für aktive Studenten"

die religiösen Oberhäupter über eben jene Einrichtungen beschwert haben). Obwohl nicht beweisbar ist es doch wahrscheinlich, daß die Unruhen im Mai - und hier v.a. die Plünderungen und Vergewaltigungen, im Gegensatz zu den Demonstrationen und politischen Manifestationen, die es ebenfalls gab - von islamischen Fundamentalisten organisiert und provoziert wurden. Gemeinsam mit Teilen des Militärs, um Suharto Schwiegersohn Prabowo, sollte hier ein Interesse nach einem "starken Mann" entstehen.

### Die Demokratische Volkspartei - PRD

Die einzige Partei, die auf Seiten der ArbeiterInnen und der "Urban Poor" steht, ist die PRD, die demokratische Volkspartei. In den Reihen der PRD gibt es eine

Vielzahl überzeugter und opferbereiter KämpferInnen, und auch eine Reihe von SozialistInnen. In ihren Forderungen und Perspektiven setzt die PRD allerdings auf eine "demokratische zivile Mehrparteien Gesellschaft" und nicht auf eine sozialistische Veränderung. Sie gehen davon aus, daß zuerst eine "demokratische Revolution" durchgeführt werden muß und erst dann der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft aufgenommen werden kann.

### Bürgerliche Demokratie versus sozialistische Revolution!

Die Frage, welche Revolution in einem wirtschaftlich unterentwickelten Land, in dem die bürgerlichen Grundfreiheiten noch nicht erreicht wurden, nötig ist, wird seit rund 100 Jahren in der Linken geführt. In Indonesien geht es nicht um eine akademische Diskussion, sondern ums Überleben. Heute stellt sich NICHT die Frage: Bürgerliche Demokratie oder Sozialismus. Die einzige Frage die sich stellt ist "Sozialismus oder Barbarei".

Der Kapitalismus und seine mehr oder weniger liberalen Vertreter sind nicht in der Lage, dauerhaft ein demokratisches Indonesien zu schaffen, in dem auch nur ein annähernd akzeptabler Lebensstandard für die breiten Massen erreicht werden kann. Die tiefe Wirtschaftskrise, in der sich der gesamte asiatische Raum seit über einem Jahr befindet, hat die Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten noch erhöht. Die Barbarei des Kapitalismus kann in Form eines neuerlichen Militärputsches oder einer bürgerlichen "Demokratie" mit Repression und enormen sozialen Problemen auftreten; aber sie wird keines der Probleme der indonesischen Massen lösen.

Noble Zurückhaltung und ein Standpunkt: "wir aus dem Westen dürfen uns da nicht einmischen" sind keine Politik für SozialistInnen und InternationalistInnen. Unsere Aufgabe ist es, die Gewerkschafts-aktivistInnen, die SozialistInnen zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam für ein sozialistisches Indonesien zu kämpfen.

Anmerkung: Die Cartoons stammen aus der PRD/ASIET - Broschüre: "The struggle for Democracy in Indonesia"



# Die brasilianische Landlosenbewegung "Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra" - MST:

## Besetzung ist die einzige Lösung!

Die brasilianische Landlosenbewegung ist heute 13 Jahre nach ihrer Gründung im Jahre 1984 die populärste Bewegung Brasiliens, die gegen die neoliberale Politik des "sozialdemokratischen" Präsidenten Fernando Henrique Cardoso ankämpft. Nach Umfragen befürworten 85% der BrasilianerInnen die Bewegung, einschließlich der Besetzung von Landbesitz. Selbst der Präsidentschaftskandidat der Arbeiterpartei PT (Partido dos trabalhadores) Luis Inacio da Silva bezeichnete im Gegensatz zu seiner eigenen Partei gegenüber der Zeitung "Folha de Sao Paulo" die MST als "die wichtigste organisierte Kraft der Opposition gegen die Regierungspolitik."

von Stefan Kerl  
SOV OG - Wien Nord

Auch international bekam die MST Anerkennung. 1993 wurde ihr der Right Livelihood Award, der "Alternative Nobelpreis" verliehen. Brasilien hat laut UNO das größte Einkommensgefälle der Welt. 32 Millionen BrasilianerInnen hungern, und das obwohl die Ernte des Jahres 1996 ausgereicht hätte, um 300 Millionen Menschen zu ernähren.

0,83% besitzen 43% des Landes

Die Ursache dafür liegt großteils in der starken Exportorientierung der Landwirtschaft und in der extrem ungleichen Landverteilung. Laut Angaben der Weltbank befinden sich 43 Prozent des fruchtbaren Bodens in den Händen von nur 0,83% Großgrundbesitzern. Die größte Fazenda Brasiliens gehört einem Bauunternehmer und ist mit 4 Millionen Hektar größer als die Niederlande. Die Großgrundbesitzer bewirtschaften nur 16% ihrer Ländereien und lassen den Rest brach liegen. Dem gegenüber gibt es selbst nach Regierungsangaben 4,8 Millionen landlose Bauern.

Bisher hatten alle Regierungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einschließlich der Militärdiktatur (1964-85) die Agrarreform auf ihrem Programm. Seit 1988 hat die Agrarreform sogar Verfassungsrang. Die Verfassung besagt, daß alles Land einen sozialen Zweck erfüllen muß. Land, das nicht produktiv genutzt wird, kann somit enteignet werden.

Wirklich geschehen ist jedoch sehr wenig. Der Vorgänger des jetzigen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso, Fernando Collor versprach die Ansiedlung von 500.000 Familien. Ganze 9.381 angesiedelte Familien waren das dürftige Ergebnis. Ebenso wenig hielt der derzeitige sozialdemokratische Präsident

betriebe durch die Agrarpolitik derselben Regierung in den Ruin getrieben wurden.

Statt die Agrarreform durchzuführen setzt die Regierung auf die grausame Unterdrückung der Landlosenbewegung. In den vergangenen zwölf Jahren sind 976 "CampesinoführerInnen" und SiedlerInnen von der Militärpolizei und den Privatarmeen der Großgrundbesitzer ermordet worden. In nur 58 Fällen ist es zu Prozessen gekommen, in nur 15 Fällen zu Verurteilungen.

"Besetzen, Widerstand leisten und produzieren!"



Cardoso sein Versprechen. Der Plan der Regierung Cardoso sah vor, 1996 80.000 Familien anzusiedeln. Gerade mal ein knappes Viertel wurde geschafft und das vor dem Hintergrund, daß 1995 und 1996 fast 400.000 kleine Landwirtschafts-

1984 wird die MST, unterstützt durch progressive Teile der Kirche, noch während der Militärregierung gegründet. 1985 gelingt es, einen ersten nationalen Kongreß mit 1.500 Teilnehmern durchzuführen. Seit ihrer Gründung besetzen



die Mitglieder der MST brachliegendes Land von Großgrundbesitzern. Im Anschluß an die Landbesetzung bringen sie ein Enteignungsgesuch bei der Agrarreformbehörde INCRA (Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária) ein. Zum Teil dauern die langwierigen Enteignungsprozesse länger als 4 Jahre! In der Zwischenzeit lagern die Familien in Zelten auf dem besetzten Land und beginnen bereits mit provisorischer Produktion. Ganz nach dem Motto der MST: "Besetzen, Widerstand leisten, produzieren."

**50.000 demonstrierten  
am 17.4.97 in Brasilia für  
José Rainha und Diolinda Alves!**

Die Landlosen sind in der Mehrzahl Landarbeiter und Kleinstbauern, aber auch ehemalige StadtbewohnerInnen, vor allem aus den Favelas der Großstädte. Seit 1995 intensiviert die MST ihre Besetzungen insbesondere im Bundesstaat Sao Paulo. Die Verhaftung der Führer der Besetzungen erwies sich als schwerer Fehler der Regierung. Diolinda Alves und José Rainha wurden national und international bekannte Persönlichkeiten. Durch Großdemonstrationen gemeinsam mit den Armen in den Städten macht die MST immer wieder auf ihre Anliegen aufmerksam. Am 17. April 1997 protestierten 50.000 Landlose, Arbeitslose, Obdachlose, Straßenkinder, Beamte und LehrerInnen in Brasilia vor den Regierungsministerien gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik. Es handelte sich dabei um die größte Protestdemonstration in den bisher zwei Amtsjahren des Präsidenten Cardoso, der selbst Großgrundbesitzer ist. Am 7. September 1997 rief die MST zusammen mit anderen Kräften zu Massenprotesten gegen die Cardoso-Regierung auf. Einige Hunderttausend Menschen hielten der Regierung rote Karten entgegen.

Heute, 13 Jahre nach ihrer Gründung, ist die MST in 21 der 27 brasilianischen Bundesstaaten vertreten. Die MST hat seit ihrer Gründung die Ansiedlung von 140.000 Familien auf Land, das ihnen gehört, erreicht. Derzeit sind 196 Ländereien besetzt, insgesamt halten sich auf ihnen 45.000 Menschen auf.

Den MST-Genossenschaften ist es ge-

lungen, praktisch zu zeigen, daß sie nicht nur funktionieren, sondern daß ihr Ergebnis im allgemeinen besser ist als das der Kleinlandwirtschaft. Die Einkommen der MST-Kooperativisten machen 3-4 Mindestlöhne aus. Die Ländereien der MST verfügen meist über eigene Schulen, eine eigene Strom- und Wasserverbindung und sogar Busverbindungen.

### Die MST: Am Scheideweg zwischen Reform und Revolution?

Die MST verfolgt eine Strategie der bewußten Konfrontation. Durch die Besetzung von Land zwingt sie die Regierung zum Handeln, meist nach langwierigen Prozessen zur Enteignung der Großgrundbesitzer. MST-Koordinator João Pedro Stedile erklärte: "Nur aufgrund des Kampfes gibt es Enteignungen, nicht aufgrund der Großzügigkeit des Präsidenten." Das MST ist zwar keineswegs gegen Verhandlungen, gründet aber seine Strategie auf die Parole: "Besetzung ist die einzige Lösung" (Ocupação é a única solução).

Die MST ist einerseits radikale Opposition, andererseits hängt die Bewegung jedoch von Staatsgeldern, vor allem von der staatlichen Agrarreformbehörde INCRA ab. Für Carlos Bellé von der nationalen Koordination der Landlosenbewegung ist das kein Widerspruch: "Für uns wäre es ein Widerspruch, wenn wir, um das Geld zu erhalten, der Regierung in den Arsch

kriechen, zu Opportunisten würden. Das ist genau das, was uns von anderen Bauernbewegungen in Brasilien unterscheidet. Die anderen sind der Illusion verfallen, daß, wenn sie versuchen, der Regierung zu gefallen, diese ihre Anliegen erfüllen werde. Aber so funktioniert das hier nicht. Du erreichst nur etwas (...), wenn du viele Leute hast, gut organisiert bist und Druck machst."

Im MST gibt es Befreiungstheologen ebenso wie eine ebenfalls einflußreiche Gruppe, die der Kommunistischen Partei Brasiliens(PCdoB) nahesteht. Führer und Mitglieder der MST gehören in ihrer großen Mehrheit aber jedenfalls der Arbeiterpartei PT an, egal für welche Gruppe sie sonst noch Sympathien hegen.

### Genossenschaften zur Verwaltung des besetzten Landes!

Die Landbesitztitel in den Ländereien der MST sind nicht auf Familienväter beschränkt. Als EigentümerInnen sind Mann und Frau gleichberechtigt - eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Überwindung jahrhundertalter ökonomischer Abhängigkeit der Landfrauen.

Dem MST geht es erklärtermaßen jedoch nicht allein um Landbesetzungen, sondern auch um Widerstand gegen das neoliberale Modell des Präsidenten Cardoso. Auf den besetzten Ländereien errichtet die MST auf Kollektiveigentum

**GERADE JETZT Vorwärts - die sozialistische Zeitung!**



**Die linke Zeitung**

- sozialistisch

- antifaschistisch

- international

**Jeden Monat neu:**

**Wir schreiben, was andere  
nicht schreiben dürfen**

**VORWÄRTS '98**

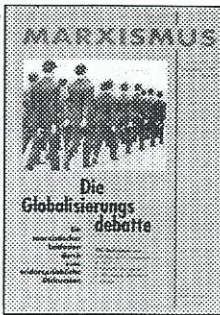
**JETZT ABONNIEREN!**

Spenden garantieren das  
Erscheinen von *Vorwärts* und  
**DIE EINHEIT!**

Mit Euren Spenden organi-  
sieren wir den Widerstand  
gegen Sozial- und  
Arbeitsplatzabbau!

**Spendenkonto  
PSK 8812.733**





100 ÖS/15 DM  
ISBN 3-901831-08-8

## Die Globalisierungsdebatte

Ein marxistischer Leitfaden  
durch eine widersprüchliche Diskussion

Globalisierung ist zu einem Modewort geworden: zu einem Kampfbegriff für forsche Manager und ihre willigen politischen Handlanger, zu einem Schreckgespenst für ratlose reformistische Gewerkschafter und zu einer billigen Phrase im Mund von geschäftigen "Wirtschaftsexperten".

Dementsprechend existiert zum Thema auch bereits eine Unmenge an Literatur, die kaum mehr zu überblicken ist. Für diejenigen, die nicht vorhaben, ganze Bibliotheken zu bewältigen, hat deshalb die AGM einen marxistischen Leitfaden durch die vorliegenden reformistischen und akademisch-linken Publikationen zusammengestellt. Die vorgenommene Auswahl umfaßt die Arbeiten von Hans-Peter Martin & Harald Schumann, von Robert Misik, von Paul Hirst & Grahame Thompson, von Elmar Altvater & Birgit Mahnkopf und von Joachim Hirsch. Wir verbinden dabei eine Darstellung der Positionen der Autoren mit einer Kritik ihrer Analysen und ihrer Konzepte. Gleichzeitig entstand damit ein Beitrag zum Verständnis von Aspekten der aktuellen Entwicklung des Kapitalismus.

Ergänzt wird diese Nummer von *Marxismus* unter anderem durch eine grundlegende Arbeit zur Frage *Was ist die Arbeiterklasse?*, in der ein objektiver Begriff von Arbeiterklasse aus ihrer Rolle im kapitalistischen Produktionsprozeß entwickelt wird. Dazu kommt eine Reihe von kürzeren Beiträgen zur Geschichte des österreichischen und deutschen Trotzismus.



bestellen bei:

Arbeitsgruppe Marxismus (AGM)  
Postfach 562  
A-1151 Wien

oder direkt auf unser Konto:

007 104 177 75, BLZ 20151, Bank Austria

Abonnement (4 Ausgaben): 500 ÖS / 72 DM

bei Interesse Verzeichnis der AGM-Publikationen anfordern!

agm44@hotmail.com

Preise zuzügl. Versandkosten

basierende Genossenschaften. "Mit der Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande muß eine Agrarreform notwendigerweise das Kollektiveigentum aller Produktionsmittel erfassen. Und deshalb gewinnt sie einen antikapitalistischen Charakter." schrieb einer der führenden Persönlichkeiten der Landlosenbewegung João Pedro Stédile.

Laut Neuri Rossetto, einem der Führer der MST, geht es der Landlosenbewegung aber nicht nur um eine Landreform und die Etablierung genossenschaftlicher Inseln innerhalb des kapitalistischen Systems, sondern: "Der Kampf für Land ist unser oberstes Ziel, aber es würde nichts bedeuten, wäre nicht real, wenn es keine totale Veränderung im ganzen Land, eine



"Das geht nicht in meinen Kopf. Brasilien ist so groß und ich habe kein Land!" "Und die Kugel? Geht die auch nicht in Deinen Kopf?"

grundlegende Umgestaltung der ganzen brasilianischen Gesellschaft geben würde."

Die MST definiert sich als Strömung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, gemeinsam mit anderen möchte sie gegen den Neoliberalismus ankämpfen. Wir wollen "uns mit anderen Teilen der Gesellschaft vereinigen, um die neoliberale Regierung Cardoso zu besiegen. Wir brauchen die Unterstützung der Arbeiter in den Städten und der Studenten und müssen uns mit ihnen vereinigen." sagte Rossetto im Interview mit der britischen Zeitschrift "Socialism Today". João Pedro Stédile rief im Aufruf für den Protestmarsch am 7. September 1997 "die Arbeitslosen auf, die geschlossenen Fabriken zu besetzen, die Hungrigen, vor den

Supermärkten zu protestieren, und die Obdachlosen, sich auf freien Grundstücken niederzulassen."

In den Zielformulierungen der MST steht: "Die Landlosenbewegung will eine Gesellschaft ohne Ausgebeutete und Ausbeuter, eine Gesellschaft, in der die Interessen des Kapitals denen der ArbeiterInnen untergeordnet sind." Und Gilberto Oliveira, Mitglied der nationalen Koordination der MST, wird noch deutlicher: "Selbst wenn die Mächtigen der Welt es heute laut herausposaunen lassen, ihr kapitalistisches System hat längst nicht alle seine Gegner besiegt, sondern schafft sich täglich neue. Überall auf der Welt wird nach Alternativen gesucht. Wir suchen mit." Laut der schweizer entwicklungspolitischen Zeitschrift "Mosquito" bekennt sich die MST offen zu einer sozialistischen Gesellschaftsvision.

### Reformierbarer Kapitalismus?

Es gibt aber auch andere, weniger radikale, ja prokapitalistische Aussagen. José Rainha, ein anderer MST-Koordinator sagte im Interview mit der Wirtschaftszeitung *Carta Capital*: "Wir wollen zeigen, daß Brasilien Chancen für alle bietet. Wir wollen die neuen Unternehmer sein, warum nicht? Wir werden industrialisieren, wir werden vermarkten und wir werden Geld für unsere Familien verdienen. ... Agrarreform in Brasilien bedeutet heute, den Kapitalismus zu reformieren, um ihn voranzubringen."

Die Differenzen innerhalb der MST sind offensichtlich, sie werden jedoch kaum öffentlich diskutiert. Man verläßt sich auf das einende Moment der direkten Aktion. Es bleibt abzuwarten, welche Kräfte sich im MST durchsetzen, und ob es ihr gelingt, sich längerfristig mit den ArbeiterInnen und StudentInnen aus den Städten gegen den Neoliberalismus und Kapitalismus zusammenzuschließen. Vor einer linken Idealisierung der brasilianischen Landlosenbewegung sei aber gewarnt.

Ob die Agrarreform in Brasilien je wirklich ernsthaft durchgesetzt wird, wird zu einem Gutteil vom Abschneiden der Arbeiterpartei PT bei den nächsten Wahlen und der weiteren Entwicklung dieser Partei abhängen.



# Mit Kohl geht eine Ära zu Ende!

*Wer heute jünger als 30 ist, der kennt keine andere Regierung als die Kohl-Regierung. Wie war es möglich, daß ausgerechnet Kohl einen neuen Rekord bei der Amtszeit eines deutschen Kanzlers aufstellen konnte? Was sind die Lehren aus den Erfahrungen der 80er und 90er Jahren?*

von Ursel Beck,  
SAV-Bundesleitung, Köln

Die Kohl-Regierung kam am 1. 10. 82 nach 13 Jahren SPD-FDP-Koalition durch einen Parlamentsputsch der FDP an die Regierung. Dieser kalte Regierungswechsel war eine bewußte Entscheidung der herrschenden Klasse. Mit der Wirtschaftskrise 1981/82 verlangte der Kapitalismus den endgültigen Wechsel von sozialdemokratischer Reformpolitik zur Politik von Konterreformen. Mit einem harten Sparpaket ("Operation 82") provozierte die Schmidt-Regierung den heftigen Widerstand der Gewerkschaften. Weil die SPD in der Regierung die Gewerkschaften damals nicht mehr zurückhalten konnte, hatte sie ihre Rolle in der Bundesregierung fürs Kapital vorerst ausgespielt. Bei der Bundestagswahl im März 1983 kam es zur bis dahin größten Wählerbewegung. Dies war ein erster Ausdruck für das Ende der politischen Stabilität der Nachkriegsperiode. Tief enttäuscht von der SPD gab ein Teil bisheriger SPD-Wähler der CDU ihre Stimme. Gleichzeitig sorgten vor allem junge Wähler dafür, daß mit den Grünen erstmals seit den 50er Jahren eine neue politische Partei in den Bundestag einzog.

## Klassenkampf von oben

Mit der zweiten internationalen Rezession zu Beginn der 80er Jahre wurde der Neoliberalismus zur neuen Religion bürgerlicher Politik, was im wesentlichen der Versuch ist, die Profitabilität des Kapi-

tals durch Absenken des Lebensstandards der Arbeiterklasse und Rückzug des Staats aus der Wirtschaft wiederherzustellen. Durch den Euro-Plan und die Maastricht-Kriterien wurde diese neoliberale Politik europaweit institutionalisiert. Trotz eines konjunkturellen Aufschwungs wurden die Angriffe auf die Arbeiterklasse verschärft.

## Anti-Kohlstimmung

Spätestens im Streik für die 35-Stunden-Woche 1984 schlug die Stimmung gegen Kohl um. Bei den Bundestagswahlen im Januar 1987 verloren CDU und FDP 1,9 Millionen Stimmen. Der Trend weg vom bürgerlichen Lager schlug sich jedoch nur

begrenzt in einem Stimmenzuwachs für die Grünen und überhaupt nicht bei der SPD nieder.

Die SPD verlor sogar prozentual gegenüber 1983 noch 1,2 Prozent. Viele Wähler, vor allem aus der Arbeiterschaft, gingen aus Enttäuschung mit allen Parteien 1987 überhaupt nicht wählen. Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl sank 1987 auf ein historisches Rekordtief von 81,2 Prozent.

## Wiedervereinigung

Gestützt auf den konjunkturellen Aufschwung Ende der 80er Jahre, den Zusammenbruch des Stalinismus und dem Sieg der USA im Golfkrieg beteiligte sich die Kohl-Regierung massiv an der ideologischen Offensive des Westens für die angebliche Überlegenheit der Marktwirt-





schaft. Der historische Sieg des BRD-Kapitals über die DDR-Planwirtschaft führte zwangsläufig zu einer Stärkung der bürgerlichen Parteien, zumal SPD und PDS vor dieser Offensive kapitulierten.

### Unterstützung für Kohl schlägt in Wut um!

Bereits bei der Bundestagswahl 1994 war die Unterstützung für die Kohl-Regierung in Wut und Mißtrauen umgeschlagen. Formal betrachtet war das Wahlergebnis das am weitesten "linke" Wahlergebnis in der Geschichte der BRD. Mit dem Wahlergebnis von 1994 konnte sich die Kohl-Regierung nur noch auf 37,7% der Wahlberechtigten, also eine Minderheit berufen.

### Jeder muß Opfer bringen



Einzig und allein der Mangel an klaren Alternativen hat 1994 dazu geführt, daß Kohl weiter im Amt blieb. 1998 ist die Wut auf Kohl um ein Vielfaches größer. Der Haß auf Kohl, das starke Verlangen nach einem Regierungswechsel wird höchstwahrscheinlich dazu führen, daß Kohl am 27. September aus dem Kanzleramt gejagt wird und zum ersten mal in der Geschichte durch Parlamentswahlen ein Regierungswechsel herbeigeführt wird. Mit dem Ende der Regierung Kohl geht eine Ära zu Ende. Kohl und alle anderen Vertreter des Neoliberalismus stehen vor einem Scherbenhaufen ihrer Politik. Die Gesellschaft steckt heute viel tiefer in der Krise als zur Zeit als Kohl an die Macht kam. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung sind so hoch wie nie zuvor. Trotz des Sieges über den Stalinismus ist der Kapitalismus nicht in der Lage diese Länder wirtschaftlich zu entwickeln und daraus politische Stabilität zu schöpfen. Statt einer "neuen Weltordnung" hat die Wiedereinführung der Marktwirtschaft im Osten eine neue Welt-Unordnung geschaffen. Die Aufrüstung der Bundeswehr für weltweiten Einsatz für deutsche Profitinteressen, der Einsatz von verschärftem Nationalismus und

Rassismus im Innern und das Erstarken von Neonazis zeigen ebenfalls den Verfall des BRD-Kapitalismus. Das kapitalistische System steckt weltweit in der tiefsten Krise seit den 30er Jahren.

### Arbeiterklasse kämpft

Die jahrelangen Angriffe auf die Arbeiterklasse haben eine tiefe Polarisierung zwischen Arbeiterklasse einerseits und den Unternehmern und ihren Regierungen andererseits bewirkt. Die Abwahl der Thatcher-Regierung, der konservativen Regierung in Frankreich und wahrscheinlich auch der Kohl-Regierung sind Ausdruck davon, daß die Arbeiterklasse Schluß machen will mit neoliberaler Po-

litik. In Frankreich zeigte sich das nicht nur bei Wahlen, sondern noch viel mehr bei den Serien von harten Kämpfen und Massenstreiks.

### Neuaufbau der ArbeiterInnenbewegung!

Der größte Verlust für die Arbeiterklasse während der Kohl-Ära ist ihre ideologische Entwaffnung. Sie wurde durch die völlige politische Kapitulation der SPD-, PDS- und Gewerkschaftsführung verursacht. Die Arbeiterklasse hat keine Organisation mehr, die ihre potentielle Stärke und Kampfbereitschaft in Gegenwehr umsetzt und eine Alternative zum bestehenden Profitsystem anbietet. Infolge dieses Traditionsbruchs steht die Arbeiterklasse in Deutschland und international vor dem Neuaufbau der organisierten Arbeiterbewegung.



## Guten Morgen ÖGB!

Schläft der ÖGB? Statt der Interessen der Mitglieder verteidigt die ÖGB-Führung die Sozialpartnerschaft und die Sozialabbaupolitik der Regierung. Hinter verschlossenen Türen wird der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten ausgemaschelt - wie z. B. die Abschaffung des 8-Stunden-Tages. KollegInnen, die kämpfen wollen, finden im jetzigen ÖGB kaum einen Bündnispartner.

Unabhängige und linke GewerkschafterInnen haben in den undemokratischen Strukturen einen schweren Stand. Die deutschen Unternehmer wollten die Lohnfortzahlung im Krankenstand kürzen - Streiks haben das verhindert. Gemeinsam mit anderen BetriebsrätInnen und GewerkschaftsaktivistInnen treten wir von der SOV für einen Kurswechsel und den Aufbau einer Opposition im ÖGB an!

### Wo ihr uns treffen könnt:

**Ortsgruppe Wien Mitte:**  
jeden Mittwoch 19 Uhr  
"Amerlinghaus", Stifftg.8

**Ortsgruppe Wien West:**  
jeden Dienstag 19 Uhr  
"Club International"16; Payerg.14

**Ortsgruppe Wien Nord:**  
jeden Freitag 19.30 Uhr  
"Cafe Spectrum"2; Arnezhofersg.8

**Ortsgruppe Wien Süd:**  
jeden Dienstag, 19 Uhr  
Ort im SOV-Büro erfragen

**FrauenStammtisch:**  
jeden 2. und 4. Montag im Monat,  
"Zentrum Erdberg"; 19 Uhr  
3; Lechnerstr.2-4

**Oberösterreich - Wels:**  
jeden Samstag 14 Uhr  
"Hotel Kiev"  
Steltzhamerstrasse 16



# Deutschland: Gewerkschaftsführer auf dem Rückzug!

In allen wichtigen Fragen haben die Gewerkschaftsführer unter dem Druck des Kapitals und dem Rechtsruck der SPD bisherige Positionen aufgegeben – ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo Unternehmer in Zusammenarbeit mit der Kohl-Regierung die härtesten Angriffe der Nachkriegszeit gegen die arbeitende Bevölkerung führen und die Arbeitslosigkeit auf den Stand der 30er Jahre angekommen ist. Mit der "Bündnis-für-Arbeit"-Politik wurde 1995 sogar der Grundsatz gewerkschaftlicher Tarifpolitik, wonach Lohnverzicht keine Arbeitsplätze schafft, über Bord geworfen. Während Kohls Regierungszeit wurde die größte Umverteilung von unten nach oben und die größte Arbeitsplatzvernichtung durchgeführt.

Das liegt auch daran, daß die Gewerkschaften ihre Kampfkraft nicht einsetzten. Und verantwortlich dafür ist die Gewerkschaftsführung. Vom ersten Tag der Kohl-Regierung an gab es an der Gewerkschaftsbasis die Bereitschaft, gegen diese Unternehmerregierung den Kampf aufzunehmen. Die Bewegung gegen die "Operation 82", die noch gegen die Schmidt-Regierung geplant war, wurde zur ersten Bewegung gegen die Kohl-Regierung, an der sich im Herbst 1982 500.000 Menschen beteiligten.

## Blockade der Gewerkschaftsführung

Je größer die Wut auf Kohl wurde, desto mehr stieß die Kampfentschlossenheit auf die Blockade der Gewerkschaftsführung. Die Bereitschaft des stellvertretenden IGM-Vorsitzenden Riester selbst unter einer Großen Koalition Arbeits- und Sozialminister zu werden, ist Ausdruck davon, daß der Apparat der Gewerkschaften zur Karriereagentur für Funktionäre heruntergekommen ist. Ohne den Druck und die Abhängigkeit von der IGM wird Riester, in einem künftigen Kabinett Schröder schnell offen Politik gegen Arbeitnehmer und gewerkschaftliche Rechte

machen. Auf dem diesjährigen DGB-Kongreß wurden an eine künftige SPD-geführte Regierung einige bescheidene Forderungen an die ersten 100 Tage Amtszeit gestellt: Rücknahme der Verschlechterungen bei der Lohnfortzahlung, im Kündigungsschutz, beim 116 AFG und der Anrechnung von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld. Nach den Erfahrungen der letzten Jahren, müssen wir davon ausgehen, daß die Gewerkschaftsführung keinen Kampf organisieren wird, diese Minimalforderungen auch wirklich durchzusetzen. Zusammen mit SPD-Politikern gehen Gewerkschaftsvorsitzende für ein neues "Bündnis für Arbeit" haussieren. Sie kündigen damit an, daß sie wiederholt für ein paar leere Versprechungen den abhängig Beschäftigten weitere Opfer abverlangen werden. Ohne massiven Druck von der Basis ist ein erneuter Ausverkauf in der Tarifrunde 1999 vorprogrammiert. Kämpferische und kritische KollegInnen und Kollegen müssen sich bundesweit zusammenschließen, gemeinsam Druck ausüben und eine inhaltliche und personelle Alternative zur bestehenden Gewerkschaftsführung aufbauen. Ziel muß sein, aus den Gewerkschaften echte Kampforganisationen zu machen. In der ÖTV ist mit dem "Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV" ein Anfang für eine innergewerkschaftliche Opposition gemacht. Die SAV unterstützt diese Opposition in der ÖTV. ■





# Neu im Vorwärts-Shop:

Passend zu unserer "Arbeitszeitverkürzungs-Kampagne" gibt es nun auch eine Broschüre, die sich inhaltlich mit diesem Thema auseinandersetzt. Auf 36 Seiten werden sowohl volkswirtschaftliche Aspekte einer Arbeitszeitverkürzung, wie auch die generelle Problematik von Massenarbeitslosigkeit abgehandelt. Der Preis der Broschüre beträgt 40,- Schilling bzw. 25,- für Arbeitslose, Präsenz- & Zivildienstler, Schüler- und StudentInnen und ist in der Redaktion des Vorwärts zu bestellen.

Für alle LeserInnen der Einheit gibt es folgend eine kurze Leseprobe:

Bei Meinungsumfragen wird die Angst um den Arbeitsplatz zunehmend als "die Hauptsorge" genannt. Immer mehr Menschen sind vom Gespenst der Massenarbeitslosigkeit betroffen. Das Prinzip "hire and fire" - also unsichere, kurzfristige Arbeitsverhältnisse - setzt sich mehr und mehr durch. Die Zahl der Arbeitslosen steigt und steigt - im langfristigen Durchschnitt seit rund 20 Jahren. "Technisch" wäre es heute möglich, für die gesamte Menschheit ein Leben in sozialer Sicherheit zu garantieren. Doch wir sehen eine Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung.

Selbst in seinen industriellen "Zentren" ist der Kapitalismus nicht in der Lage, eines der elementaren Grundrechte zu verwirklichen: Das Recht auf einen sicheren und ausreichend bezahlten Arbeitsplatz. Die Alternativen, welche die bürgerlichen

Politiker und Ökonomen - zu denen auch die Führung der Sozialdemokraten zu zählen ist - anbieten, sind zynisch: Sie finden sich entweder mit dem Phänomen ab, oder schlagen das "Runterschrauben" von Löhnen, sozialen Rechten und Schutzbestimmungen vor. Was diese "Modelle" für die Masse der Bevölkerung bedeuten, wird in der Broschüre ausführlich erklärt. Tatsächlich wird das Problem der weltweiten Arbeitslosigkeit nur in unterschiedlicher Weise organisiert.

Das "Atomisieren" des Arbeitsmarktes durch das Forcieren von Teilzeitarbeitsplätzen ist einer der Hauptansatzpunkte bzw. Tendenzen. Die Schaffung von Niedriglohnbranchen - "McJobs" - eine andere. Durch diese Entwicklung steigt zwar die Anzahl der Beschäftigten, aber nicht das "Beschäftigungsniveau" an sich. Tatsächlich stellen diese Tendenzen eine Entwicklungsschraube dar, die den Lebensstandard, soziale Rechte, Arbeitsplatzsicherheit ... breiter Bevölkerungsteile nach unten dreht.

Der ehemalige Arbeitsminister von Bill Clinton, Robert B. Reich, bringt die Situation in einer Bilanz über das "US-Jobwunder" auf den Punkt: "Die eigentliche Frage lautet somit, ob die Industriestaaten dazu verdammt sind, einem Großteil ihrer Bürger nur die Wahl zwischen Hungerlöhnen oder Arbeitslosigkeit zu lassen". Herr Reichs Fragestellung stellt bereits eine traurige Realität dar. Das

"Komitee für eine Arbeiterinternationale/CWT", die internationale Organisation, der die SOV angehört, faßt die Entwicklung zusammen: "Die Ungleichheit zwischen reich und arm ist jetzt größer als in irgendeiner Zeit in der Geschichte des Kapitalismus. Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind jetzt weltweit auf dem selben Niveau wie in den 30er Jahren. 1997 lebten 1,3 Milliarden Menschen auf dem Erdball in absoluter Armut. Selbst in der entwickelten kapitalistischen Welt gibt es 1 Million Menschen, die die UNO als arm betrachtet... Der Kapitalismus in den 90ern hat all die Merkmale, die Karl Marx im Kapital beschrieb: Die Akkumulation (Anm.: Anhäufung) von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend und Arbeitsqual (...) auf dem Gegenpol."

SOV - Spendenkonto  
PSK 8812.733

Hier sollten sie ihre eingeklebte "Arbeitszeitverkürzungskarte" finden.

Sollte das nicht der Fall, fordern Sie bitte unter der SOV-Nummer - 524 63 10 - Ersatz an.





# Arbeitsplätze schaffen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn!

*Arbeitslosigkeit ist zum brennendsten Problem unserer Gesellschaft geworden. Mit dem Vorwand, Arbeitsplätze "sichern" zu wollen, wird der Druck der Unternehmer in Richtung weiterer Flexibilisierung und der Trend zur Sonntagsarbeit immer stärker. Während die Regierung dem nachgibt und zu wirkungslosen Mitteln greift, verlangen wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Unser Ziel ist es daher, bis Ende des Jah-*

## **Die 30-Stundenwoche:**

Bereits 1981 veröffentlichte die Akademie der Wissenschaften eine Studie, die feststellte, daß nur eine rasche Einführung der 35-Stundenwoche Beschäftigungseinbrüche durch Einführung neuer Technologien verhindern könne. Legt man/frau diese Aussage von 1981 auf 1998 mit den heutigen Arbeitslosenzahlen um, so ist klar, daß die 35-Stundenwoche längst nicht mehr ausreicht. Wer kennt nicht den Spruch der Vorgesetzten bzw. Unternehmer: "Wenn es ihnen nicht paßt, können sie ja gehen. Es gibt genug, die auf ihren Arbeitsplatz warten!" Die Angst um den Arbeitsplatz zwingt die Menschen zu einer oft gefährlichen Dauerhöchstleistung, was der Rückgang der Krankenstände bei gleichzeitiger Zunahme von Streßkrankheiten zeigt. Eine sofortige Einführung der 30-Stundenwoche würde das Druckmittel Arbeitslosigkeit derart schnell beseitigen, daß in den Betrieben verbleibende Arbeit von neu einzustellenden Personen gemacht werden müßte. Die 30-Stundenwoche würde also auch reale Macht vom Unternehmer zum Beschäftigten umverteilen und damit die derzeitigen Rahmenbedingungen grundsätzlich verändern und verbessern.

## **Der 6-Studentag:**

Hier geht es um die grundsätzliche Rahmenbedingung, also um den gesetzlichen Normalarbeitstag. Wir haben in dieser Broschüre an vielen Stellen nachgewiesen, daß Flexibilisierung die positiven Effekte einer Arbeitszeitverkürzung beeinträchtigen. Es soll also durch die Einführung einer 30-Stundenwoche kein Spielraum von 6 Stunden bis zum gesetzlichen Normalarbeitstag aufgemacht werden, sondern jede Stunde über die sechste hinaus als Überstunde betrachtet werden. Dabei ist klar, daß es Bereiche gibt, wie den Gesundheits- und Sozialbereich, wo länger an einem Tag von einer Person gearbeitet werden muß. Dort sollte aber das Prinzip vorherrschen: "Ich als Beschäftigter lei-

*res 3.000 Unterschriftskarten anlässlich des EU-Gipfels im Dezember dem Sozialministerium zu übergeben und auch Druck auf die Gewerkschaften auszuüben, ihre Beschlüsse zur Arbeitszeitverkürzung umzusetzen. Darum ist es wichtig, daß auch SIE uns unterstützen: unterschreiben auch Sie unsere "Postkarte an die Politik", besuchen Sie unsere Kundgebungen und Veranstaltungen zum Thema.*

ste etwas Überdurchschnittliches und das wird dementsprechend vergütet".

## **Verkürzung der Lebensarbeitszeit:**

Das Stichwort vom "lebenslangen Lernen" macht die Runde. Ebenso das Problem des "Ausbrennens am Arbeitsplatz", was neuerdings auch Burnout-Syndrom genannt wird. Fortschrittliche Gewerkschafter und Sozialwissenschaftler haben sich verschiedene Modelle von der Bildungskarenz bis zum "Sabbaticalmodell" ausgedacht. Alle diese Modelle basieren darauf, daß sich ein/e ArbeitnehmerIn von der Arbeit erholt bzw. sich fortbildet und die öffentliche Hand, wie das AMS, oder er/sie selber dafür bezahlt. Wir wollen, daß diese Kosten vom Unternehmer getragen werden. Und außerdem, wenn heute festgestellt wird, daß Erwerbsarbeit an die psychische Substanz geht, warum kämpft man/frau dann nicht für die Möglichkeit des Arbeitnehmers seine Erwerbsbiographie selbst zu gestalten? Sich also zu entscheiden, ein Jahr auf Fortbildung zu gehen, bei der Familie zu bleiben oder ganz einfach früher in Pension zu gehen. Die Zahl jener Menschen, die krank in Pension gehen, ist ohnehin viel zu hoch. Neben den gesundheitlichen Aspekten bringt die Möglichkeit, die eigene Erwerbsbiographie selbstständiger zu gestalten, natürlich wieder eine Machtverschiebung zugunsten der ArbeitnehmerInnen und eine Hebung der Lebensqualität.

## **Nein zur Sonntagsarbeit:**

Bei der Debatte um Sonntagsarbeit geht es nicht nur um die Frage: Sonntag einkaufen JA oder Nein? Vielmehr geht es den Unternehmern um eine weitere Deregulierung der Arbeitszeit, nämlich um den Fall der Wochenendruhezeit. Diese wollen wir verteidigen. Es ist aber nicht egal, an welchem Tag nicht gearbeitet wird, denn ein gemeinsamer Feiertag hat einen wichtigen Stellenwert. Natürlich gibt es Bereiche, wo Sonntagsarbeit notwendig ist, schon heute sind viele durch regelmäßige Sonntagsarbeit aus dem sozialen Leben einer Gemeinschaft hinausgedrängt. Sonntagsarbeit ist eine besondere Leistung und soll dort, wo sie wirklich notwendig ist, auch entsprechend vergütet werden. Um das (vom Arbeitgeber) durchsetzen zu können, braucht es den arbeitsfreien Sonntag als grundsätzliche politische Rahmenbedingung.

*(verwenden sie die beiliegende Unterschriftenkarten und unterstützen sie somit unsere Forderungen!)*

